

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

108 (22.4.1920) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis:
In der Provinz frei ins Haus
abgeschickt monatlich 4.00 Mf.,
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 4.20 Mf.
Auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 4.20 Mf.,
monatlich am Postamt
abgeholt monatlich 4.40 Mf.,
vierteljährlich 13.20 Mf., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
4.75 Mf., vierteljährlich 14.25 Mf.
Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Hinterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Verleger:
Herrn Dr. Carl F. v. Soden
Hinterstraße 1-3, 1. St.,
erster Stock, 4.50 Mf.,
Nachb. nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis 10 Uhr
bis 4 Uhr nachmittags.
Benachrichtigungen:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Hinterstraße 1, 2. St.,
Schriftleitung Nr. 20 u. 243

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Carl F. v. Soden und Hermann Weid; für Inserate: I. B. Geinr. Schriever. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung m. B. S. in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seiner, Friedenau, Gretestraße 65/66. Teleph.-Amt Umland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

117. Jahrg. Nr. 108.

Donnerstag, den 22. April 1920

Erstes Blatt.

Das alte Lied.

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)

v. I. New York, 2. April.

New York hat wieder einmal einen großen Polizei-Skandal, der sich zu einer riesigen Sensation zu gestalten droht. Das kommt von Zeit zu Zeit vor, weil es ganz unmöglich zu sein scheint, politische Einflüsse aus der Verwaltung fern zu halten. Wenn wir einmal einen tüchtigen Bürgermeister gewählt haben, der wirklich etwas für die Stadt tut und sich Mühe gibt, die Korruption auszumergen, so hat er natürlich alle die gewerbsmäßigen Politiker gegen sich, die sich davon ernähren, die Stadt zu betrügen, wo sie können. Einzelheiten muß hier werden, daß bei uns ein Politiker nicht etwa ein Mann ist, der sich mit den Staatswissenschaften beschäftigt und das Wohl der Stadt oder des Staates zu fördern sucht und der überhaupt ein Interesse an dem Gemeinwohl besitzt, nein, ein Politiker ist hier ein Mensch, der selbst eine möglichst gut bezahlte Stellung zu erlangen sucht, die wenig Arbeit erfordert, die es ihm möglich macht, recht viel nebenbei zu verdienen, seine Freunde und Anhänger mit fetten Kiemern zu versorgen und für den überhaupt nur ein Grundab gilt: Gift für die Welt! Diese Sorte von Menschen will natürlich keine ehrliche Verwaltung und keine frasse Jagd; sie sucht mit allen Mitteln sich Einwirkungen zu verschaffen und achtet dabei nicht im geringsten auf die Vorkerk der angewendeten Methoden.

Leider hilft ihr die Bürgerchaft dabei, wenn sie auch selbst ehrlich ist. Eine große Stadt kann nicht verwaltet werden, ohne daß der einzelne Bürger viele Vorschriften befolgen muß, die ihm unangenehm und lästig sind. Viel Gemeinfinn ist nicht vorhanden; es bemüht sich jeder, Arbeit und Geld zu ersparen, indem er jene Vorschriften umgeht oder außer Acht läßt. Um das zu erreichen, muß er sich mit der Polizei, die ja die wichtigste und mächtigste Aufsichtsbehörde ist, gut stellen. Um ein landläufiges Wort zu gebrauchen: Er muß schmieren und die Polizei läßt sich das gern gefallen. Daran bildet sich dann ein streng organisiertes System. Die Polizeiführer wissen natürlich, daß ihre Untergebenen hier und dort ein Auge zudrücken; sie sind selbstverständlich davon unterrichtet, daß dies nicht umsonst geschieht. Also fordern sie ihren Anteil und erhalten ihn auch. Nach einer Weile ist alles so schön eingerichtet, daß man ganz genau weiß, wieviel jede Uebertretung der städtischen Verordnungen und vieler Gesetze kostet und entrichtet seinen Tribut, um sich die sonst unaussprechlichen Schereien zu ersparen.

Wenn es dabei stehen bliebe, wäre es nicht so schlimm. Das Uebel frisst aber weiter. Auch Verbrecher können sich unter Umständen Schutz erkaufen, wenn auch zugestanden werden muß, daß selbst in den schlimmsten Zeiten der Korruption nur ein ganz kleiner Teil der Polizei daran beteiligt war. Die Hauptverbrechen lieferten die Spielhäuser, die nur geduldet werden, wenn sie regelmäßig und rechtlich besaßen, und natürlich das Uebel und seiner Lösung heute nicht näher Uebel der Prostitution. Es wird, wohl nicht mit Unrecht, behauptet, die Sittenpolizei sei nirgends ganz frei von Korruption; das wird sich auch nicht ändern, solange der Versuch gemacht werden muß, den Schein aufrecht zu erhalten, indem Gesetze und Vorschriften erlassen werden, deren Ausführung praktisch undurchführbar ist. Ein und wieder gelingt es, auf diesem Gebiet mehrern der Erpressung Grenzen zu ziehen, dann läßt man die Hängel wieder losen, bis sie im Sande schmelzen und das Geschwür offen vor aller Augen liegt.

Diesmal ist die Schuld für die Zustände, die jetzt in den Gerichten aufgedeckt werden, auf den Bürgermeister zurückzuführen. Nicht, daß er daran beteiligt wäre oder gar davon Gewinn abge. Er ist ein anständiger und in vieler Beziehung ganz vernünftiger Mensch, aber er weiß recht wenig. Eine der Naturen, die sich aus kleinen Anfängen in die Höhe gearbeitet hat — der Mann begann seine Laufbahn als Motorführer an der Hochbahn, studierte in seinen Aufstiegen Jura und brachte es bis zum Bagatelrichter —, der aber in seinen Anschauungen ganz dort stehen geblieben ist, wo er sich einst befand. Er haßt jeden Menschen, der etwas gelernt hat und mit dem er selbst deshalb nicht argumentieren kann, und steht auf dem Standpunkt, praktische Erfahrung allein befähige zur Lösung großer Aufgaben. So ernannte er zum Polizeipräsidenten — oder Kommissar, wie es hier heißt — nicht, wie es sonst geschähe, einen Mann von Wissen und Erfahrung, sondern einen früheren Polizeikommissar. Das führte zu dem unaussprechlichen Resultat, das einseitige Menschen erwarteten. Der Kommissar war in den alten Ueberlieferungen angewachsen, hatte kein Verständnis für ethische Rücksichten, besaß aber unter der Polizeimannschaft hunderte von alten Kameraden und Freunden, die er nun in einflussreiche Stellungen brachte und wirtschaftlich ließ, wie es vor manchen Jahren, vor der letzten großen Untersuchung und Reinigung der New Yorker Polizei, gang und gäbe war. So bereitete er den Boden für die Wiederkehr des Systems vor, das einst mit vieler Mühe vernichtet worden und seitdem in den engen Grenzen gehalten worden war. Ganz läßt es sich ja nie ausrotten.

Die korrupten Elemente der Polizei, und es muß scharf betont werden, daß sie die Minderheit bilden, bekamen Wind, daß der Staatsanwalt sich damit beschäftigte, Beweise zu sammeln, auf

Grund deren er gegen sie vorzugehen beabsichtigte. Nun begingen sie eine große Dummheit. Menschen dieser Art überhagen ja immer ihre Macht, besonders wenn sie Grund zu der Annahme haben, ihre Vorgesetzten würden sie schützen. Sie veröffentlichten schwere Anschuldigungen gegen den Hilfs-Staatsanwalt, der die Sache in der Hand hatte. Er hätte, so sagten sie, versucht, sie zur Beschäftigung von Spielhäusern und Kaffertänden zu verleiten, und einen Anteil

Die polnische Taktik.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung brachte eine Abrechnung mit den Polen, die von dem Außenminister Dr. Köster mit der an ihm so schätzenswerten Mischung von frischer Entschiedenheit und lebenswürdiger Besonnenheit vorgenommen wurde, während einer der Väter der Interpellation, Schulze-Bromberg, über dieses Thema mit einer Egriffenheit und stellenweisen Wucht sprach, die auch seinen politischen Gegner bewegte. Die polnische Frage wird ebenso wie die nun zu Europas Unheil wieder auferstandene deutsche Frage leider auch in absehbarer Zukunft nicht gelöst werden können. Die allgemeine Vermischung und die Aufpeitschung der nationalistischen Instinkte zwingt uns zu dieser Resignation. Es bleibt also nur übrig, in den leitenden Kreisen, vor allem aber in denen der sogenannten Siegerstaaten, das Verständnis dafür zu wecken, daß ein modus vivendi auch zwischen durch Streit und Haß gegeneinander verbitterter Völkern gefunden werden muß, soll das wirtschaftliche und soziale Chaos nicht alle verschlingen.

Leider hat der Versailler Gewaltfrieden gerade das Gegenteil von diesem Ziele erreicht. Die Balkanisierung Mittel- und Osteuropas unter heuchlerischer Bevorzugung der neugegründeten künstlichen Staatsgebilde wirkt leider auch in absehbarer Zukunft nicht gelöst werden können. Die allgemeine Vermischung und die Aufpeitschung der nationalistischen Instinkte zwingt uns zu dieser Resignation. Es bleibt also nur übrig, in den leitenden Kreisen, vor allem aber in denen der sogenannten Siegerstaaten, das Verständnis dafür zu wecken, daß ein modus vivendi auch zwischen durch Streit und Haß gegeneinander verbitterter Völkern gefunden werden muß, soll das wirtschaftliche und soziale Chaos nicht alle verschlingen.

Die Folgen dieser Politik werden nun aber für uns durch die Strapazierlosigkeit verstärkt, mit der die Polen die Lage ausnützen. Das Zustandekommen des sogenannten Korridors durch deutsches Gebiet wird von ihnen zu einer tatsächlichen Absperrung Dänemarks vom Reich missbraucht, indem durch willkürliche Sperre der Hauptbahnlinien und ständisches Zollsperrereien der Landverkehr fast unmöglich gemacht wird. Dazu kommt die brutale Verdrängung des deutschen Elements in den den Polen bereits zugesprochenen Gebieten wie in den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Man erkennt deutlich dieselbe Taktik, die von Paris aus im Westen gegenüber den Rheinländern, im Osten aber gegenüber den deutschen Grenzländern geübt wird und die schließlich zu einer Zerstückelung des deutschen Reichs führen soll.

Die gestrige Erklärung der Regierung und die Proteste der Parteien werden an diesen Absichten der Feinde zunächst zwar nichts ändern, wohl aber dürften sie auf die Beratungen der obersten Ententegealligten in San Remo und auf die Anschauung der makabrenden politischen Kreise in London und Washington nicht ganz ohne Einfluss bleiben.

Der nichtlose Egoismus der Polen läuft letzten Endes ebenso wie die französische Furcht vor Deutschland auf eine Sabotierung des europäischen Wiederaufbaues hinaus, und dafür haben in England, Amerika und bekanntlich auch in Italien, immer weniger Leute Verständnis. Es ist wahrscheinlich, daß in San Remo die französische Forderung auf Beschleunigung der deutschen Waffenlieferung, besonders der Artilleriereihe, durchgesetzt wird. Die deutsche Regierung sollte aber dann mit größter Zähigkeit die Unverträglichkeit der polnischen Regierungsmethode betonen und eine gewisse Kontrolle dieser undisciplinierten Nation verlangen, besonders dagegen, daß bei einer wirklichen russischen hochgewehrten Gefahr die polnische Kraft doch sehr bald verlagert würde. Sie ist nur letztendlich auf Erpressungen an dem heute durch den Ententewillen wehrlos gemachten deutschen Nachbar. Wenn man dagegen erst in Warschau, daß nicht jede Extradition gegen Deutschland Unterstützung und Schutz durch die Alliierten findet, dann werden auch die deutsch-

an dem Raub gefordert. Das brachte die Bombe zum Fliegen. Die Nichtigkeit der Beschuldigungen wurde schnell nachgewiesen und gleichzeitig gezeigt, daß einer der Assistenten des Polizeikommissars bei einem Ueberfall der Polizei auf ein verrufenes Haus verhaftet, der Fall aber auf Wunsch seines Vorgesetzten unterdrückt worden war. Gleichzeitig stellte sich heraus, daß mehrere Polizeileutnants, die der Sittenpolizei angehörten, das saubere Gewerbe des Zuhalters

polnischen Verhandlungen eher als jetzt zu dem notwendigen Verhältnis erträglicher, nachbarlicher Gegenseitigkeit führen können.

Danzig.

(Eigener Drahtbericht.)

Danzig, 21. April. Nach der zwischen der polnischen Regierung und Sir Reginald Dwyer abgeschlossenen Vereinbarung geht die Verwaltung der Eisenbahnen in die Hand des Freistaates Danzig über. Von Danzig nach Berlin und Königsberg verkehren durchgehende Züge, die auf polnischem Gebiet weder angehalten, noch kontrolliert werden dürfen. Die Danziger Behörden erhalten direkte Telegraphen- und Telefonleitungen nach Deutschland.

Die Verhandlungen in San Remo.

(Eigener Drahtbericht.)

San Remo, 21. April. Der Oberste Rat verhandelte gestern morgen über die Finanzklauseln des Friedensvertrages mit der Türkei. Der Rat prüfte alsdann die territoriale Frage Armeniens und die neuen Grenzen dieses Staates, wie sie durch die Note des Völkerbundes beantragt wurden. Schließlich besaßte sich der Rat noch mit der Vatumfrage und der Stellungnahme des Völkerbundes zum Schutze der türkischen Minderheiten.

San Remo, 21. April. (Neuer.) (Eig. Drahtbericht.) Der Völkerbund hat es abgelehnt, ein Mandat über Armenien anzunehmen.

Paris, 21. April. (Wolff.) (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus San Remo soll Vatum internationalisiert werden.

Amsterdam, 21. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ in San Remo meldet, die italienische und die jugoslawische Regierung seien in der Adriatischen Frage zu einem Einvernehmen gekommen. Der Berichterstatter meldet über den türkischen Friedensvertrag, das türkische Reich werde stark verkleinert werden, da Syrien, Palästina, Mesopotamien, Ägypten, Armenien, Thrakien und Smyrna weggenommen würden. Hinter Adana soll eine französische, hinter Adalia eine italienische Zone festgelegt werden. Die Türkei wird die Hälfte aller Unterleuten verlieren und ungefähr 9 Millionen Mohammedaner und 2 Millionen Christen umfassen.

Paris, 21. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem „New York Herald“ wird die amerikanische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten noch in dieser Woche eine Entschließung einbringen, durch die Amerika sich vom Versailler Vertrag und von den europäischen Angelegenheiten löst.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice Raynauds an: Die Kammer beschließt, im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen durchgeführt werden. Der Ausschuss beauftragt seinen Vorsitzenden, Louis Barthou, der Regierung diese Beschlüsse zu übermitteln.

Der Versailler Vertrag.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 21. April. Von diplomatischer Seite wird berichtet, daß England und Italien beabsichtigen, eine Milderung der Versailler Bestimmungen durchzuführen. Nach wie vor steht jedoch Frankreich diesen Veränderungen schärfsten Widerstand entgegen.

Gegen den französischen Chauvinismus.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Amsterdam, 21. April. Nach Meldungen aus Paris ist es wegen der reaktionären Haltung der Kammer in den Steuerfragen in Paris wie in der Provinz zur Verhinderung der politischen Lage gekommen. In mehreren Orten hat die Bevölkerung in Versammlungen nicht nur scharfe Proteste gegen die regierenden Kreise gewonnen, sondern auch gegen den Nationalismus der Regierung. Das französische Volk habe, so heißt es in einigen dieser Proteste, kein Interesse an weiteren Beziehungen des rechten Arbeiters.

in ausgedehntem Maße betrieben. Kurzum, die Tatsache kann nicht mehr gelugnet werden, daß die alten Gebräude wieder eingeführt sind und wir Entschuldigungen zu erwarten haben, die einen entscheidenden Gehalt verbreiten werden.

In Amerika ist der Staatsanwalt nicht öffentlicher Ankläger, wenigstens kann er keine Anklage erheben. Er unterbreitet das von ihm gesammelte Material den Großgeschworenen, einer Jury, die aus angesehenen Bürgern besteht, und diese unterucht und sichtet es, worauf sie formelle Anklagen erhebt. Sie vernimmt alle Zeugen, die dabei nützlich sein können. Die Großgeschworenen sind jetzt damit beschäftigt. Gleichzeitig plant natürlich das Staatsparlament eine eingehende Untersuchung der Zustände in der Stadt New York.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 21. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

Interpellation Baerde über Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet.

Abg. Baerde (D.N.) begründet die Interpellation. Polen sollte uns zum Danke verpflichtet sein, statt dessen hat es feindselig unsere Hand zurückgewiesen. Wir empfinden, was es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensvertrag von Versailles sichert uns den friedlichen Durchgangsverkehr auf allen Linien. Jetzt werden wir auf die eingeleitete Nebenbahnlinie Gzartel-Marienwerder beschränkt. Ostpreußen soll vom Reich abgedroselt werden. Die unterhördeten Befähigungen der Polen sind in Anfragen meiner Partei, der Demokraten und der Mehrheitspartei der Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Die Regierung hat Abhilfe versprochen, es ist aber immer noch nichts geschehen. Wir Ostpreußen wollen lieber mit Deutschland hungern, als mit den Polen Ueberflutungen haben. Es muß etwas geschehen, und zwar sofort. Die Einwohnerwehren müssen zum Schutze gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Lage der Provinz muß gehoben werden. Wir hoffen, daß der neue Reichsminister des Meisters einen frischen Geist der Initiative in sein Amt bringen wird.

Reichsminister Dr. Köster: Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das dem Ausbau der wirtschaftlichen Gesundheit Europas ins Gesicht schlägt. Der Herr sagt, daß Polen mit der Abtunselung seiner Noten fertig wird und nicht die Sperre des Korridors ins Ungemessene verlangt. Wir müssen zu einem endgültigen Abkommen gelangen, wie uns zugesagt worden ist. Wir sind noch immer auf den Art. 80 des Friedensvertrages angewiesen, der uns die völlige Freiheit des Durchgangs noch nicht sichert. Gewiß, kleine Erfolge hatten wir bei Verhandlungen erreicht, als der Willkürhüß dazwischen kam. Die Polen brachen die Verhandlungen ab, da sie die Vollmachten unserer Vertreter nicht mehr anerkannten. Wir machen die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Die Polen sind bereit, in diesen Tagen die Besprechungen darüber zu beginnen. Nach Mitteilungen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie zu einem gewissen Resultat führen werden. In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperreverfügung, angeblich wegen der Banntotenabtempelung, geschloß, die auch die deutsche Regierung sehr weinlich berührt hat. Die Strecke Gzartel-Marienwerder steht währenddessen nur für vereinzelte deutsche Waren in polnischen Zügen und nur bei Tage offen. Eine derartige völlige Sperre entspricht mindestens nicht dem Art. 80 des Vertrages. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders schwer davon betroffen. Wir haben auch bei der Interalliierten Kommission in Paris protestiert. Morgen fährt eine Abordnung des Auswärtigen Amtes, der preussische Minister des Innern und der Justizminister nach Polen zur Behebung der Beamtenfrage. Es ist Aussicht vorhanden, die Schwierigkeiten zu vermeiden. Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete erreichen nichts, weil wir schon die Ausfuhr gesperrt haben, da Polen seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Beschließung Ostpreußens müssen wir durch Verbesserung des Seeweges verhindern. Die Regierung hält sich für verpflichtet, Polen zu bedenken zu geben, daß Polen mindestens so sehr auf Preußen angewiesen ist, wie umgekehrt. Niemand weiß, wie die Dinge sich im Osten gestalten werden. Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen an seinen Grenzen wenigstens ein erträgliches Verhältnis zu uns inne halten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen wirtschaftliche und administrative Selbständigkeit zu gewähren, die es beanspruchen kann. Geiliga und politisch wollen wir mit den Ostpreußen in alter und voller Freundschaft leben. (Beifall.)

Abg. Wolff (Soz.) schildert aus eigenem Erleben die Schikanen der Soldaten und Beamten im polnischen Korridor.

Abg. Seidfeld (Dem.) wünscht, daß die Interpellation mit den Polen etwas weniger zaghaft umgehen. Das hängt mit dem etwas veralteten System im Auswärtigen Amt zusammen. Die

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Polen betrachten demgegenüber die Verhandlungen nicht vom sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt aus.

Abg. Meißner (Ztr.): Die Polen täten gut daran, sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrages zu gewöhnen, die auch für sie bindend sein werden, nicht nur an den § 89, sondern auch an den § 98 und den § 93. An Stelle des Rechts ist im Osten die Willkür getreten, und das ist doch für das Ansehen des Deutschen Reichs und des Völkervertrages nicht eben förderlich.

Für die Förderung Ostpreußens muß im preussischen Gesamtministerium eine Zentralstelle geschaffen werden. Der Seeweg nach Ostpreußen muß ausgebaut und subventioniert werden. Die Vermählung Stahmers in London, die Friedensbedingungen über den Schiffbau zu unseren Gunsten abzuändern, muß unterstützt werden. Das ist auch wegen der Abstimmlung wichtig. Das polnische Parlament hat beschlossen, eine Intervention einzutreten zu lassen, wenn die polnische Kommission sich zu schwach zeigt, die Bestimmungen zu schütten.

Abg. Graf Dohna (D. Vp.): Dem Minister sind wir dankbar für seine Ankündigung energischer Maßnahmen, hätten aber vielleicht eine etwas schärfere Sprache gewünscht gegenüber den brutalen Rechtsbrüchen der Polen.

Abg. Schulz (D. N.): wendet sich besonders gegen eine Ausführung des Abg. Wolff, der die heutigen Schwierigkeiten mit Polen auf die preussische Polenpolitik und auf die fatalen Zustände zurückführt. Man möge Leute zu Verhandlungen nach Warschau schicken, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Außenpolitik muß im Wisma r d e s e i t e geführt werden.

Reichsminister Dr. Brücker: Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Heßlich muß ich betonen, daß eine der Abteilungen des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und eine der Unterabteilungen für Polen. Sonderabmachungen mit Polen existieren nicht, die die Polen berechneten, uns Schwierigkeiten zu machen. Danzig bleibt deutsch. Wenn wir hier aber Auslandspreise nehmen, so geschieht dies aus praktischen Rücksichten, um Schiebungen unmöglich zu machen.

Reichsminister Müller: Abg. Schulz ist noch in dem Gedankenkreis von vor 40 und 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heute auch keine Feinde. Der Außenminister soll durch seine Persönlichkeit und seine Politik Vertrauen im Ausland erwecken, und dazu scheint mir Dr. Brücker geeignet zu sein.

Abg. Henke (U. S.): Herr Brücker hat gestern sehr nationalistische Töne angeschlagen. Die Politik der Polen ist eine Frucht der Politik der Rechten. Die heutigen Minister sind immerhin noch besser als die der alten Ära. Die Arbeiterschaft wird mit dem Rest dieser Ära auskommen. Das ist die W. T. B., das während der Kappzage im Dienste der Reaktion stand, verbreitete neulich eine Meldung, in Polen sei ein Willkürherrschaft zu befürchten. Das ist natürlich Lüge. Die Absicht der Interpellation war, auf die Wahlen zu wirken.

Damit schließt die Besprechung.

Beratung über Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmarkten.

Der Entwurf wird ohne Debatte erledigt. Zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausgleichsgesetzes.

Abg. Schneider-Franke (Bayer. Volksp.): Wir wollen diesen Ausgleich annehmen, aber keine Präzedenz für künftige Besteuerung schaffen. Wir haben keinen richtigen Ermittlungsmittel für das Vermögen. Das Papiergeld ist kein solcher Maßstab.

Regierungsrat erklärt, daß dem Hause alsbald ein Steuerentwurf zugehen soll, das die Valutagewinne besteuert, aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der übrigen Steuerentwürfe hinausgeht.

Berliner Musikbrief.

(Von unserem Mitarbeiter.)

Neugebauer, der in Karlsruhe so beliebte Tenorist, bewirbt sich jetzt um Anstellung an der Staatsoper zu Berlin. Als erste Probegastrolle hatte er den Dionel in Puccinis „Martha“ gewählt. Anfanglich hielt er sich sowohl darstellerisch wie stimmlich etwas zurück; daß die Stimme schwach klang, konnte aber auch daran liegen, daß die akustischen Verhältnisse des großen Hauses für dort nicht ständig beständige Kräfte keineswegs günstig sind. Im dritten Akt entfaltete er aber in der Ärie und vor allem in dem Finale („Mag der Himmel dir vergeben“) große Stimm- und Lungenkraft. Da merkte man ganz deutlich, daß er zum mindesten ein viel versprechender Sänger ist. Seine in der Mittellage ziemlich baritonale gefärbte Stimme dürfte sich sehr bald zu einem Heldentenor entwickeln, vorausgesetzt, daß der Künstler noch fleißig weiter arbeitet; vorläufig klingt noch manches zu gezwungen und unvermittelt, macht ihm z. B. ein Doppelschlag noch zu schaffen. Die an sich sehr schöne Stimme muß erst noch ganz schlaffen werden. Auf jeden Fall wird man weiteren Gastrollen des sehr bescheiden auftretenden, in der Darstellung noch nicht als starke Persönlichkeit sich ausweisenden Künstlers mit Interesse entgegensehen können.

Im Berliner Thalia-Theater hat schon die Sommertheater eingeleitet. Der Sommerdirektor Felix Meinhardt brachte gleich und zwar mit größtem Erfolge eine Uraufführung heraus: „Amor auf Reisen“. Das Buch hat der als Virettist schon recht bekannte Dr. Demo Deder nach dem sehr gelungenen Lustspiel „Der blinde Passagier“ von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg geschaffen. Die Musik stammt von Walter W. Goetze, der auf den Operettenbühnen längst kein Unbekannter ist und zum mindesten bisher flotte Unterhaltungsmusik so recht nach dem Grundgesetz breiter Kreise geliefert hat. Diesmal hat er sich selbst überlassen, eine wirklich gute Operettenmusik geliefert, die auch in ihren ersten zur Oper hinneigenden Teilen sich hören lassen kann. Es fehlt auch nicht an einem großen Ensemble und an sehr flotten Schlagern.

Ohne erhebliche Debatte und mit unerheblichen Änderungen wird der Gesetzentwurf erledigt, ebenso in dritter Lesung.

Zweite Beratung des Entwurfes eines Verfassungsgesetzes.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Richter (D. Vp.), Keil (Soz.), Düwelle (U.S.), Waldstein (Dem.) und Dr. Mumm (D.N.) wird der Entwurf angenommen mit der Abänderung, daß außer den Goldmünzen auch Silbermünzen mit dem Metallwert zu bewerten sind. Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung kommt sodann noch zur Beratung ein Antrag des Haushaltsausschusses über Auszahlung der Teuerungszuschläge für die Eisenbahnarbeiter und Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiter-Organisationen vereinbart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Zweige der Verwaltung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 2½ Milliarden.

Reichsfinanzminister Dr. Birtz: Die finanzielle Lage ist außerordentlich groß für das Reich. Der Verkehrsminister und der Postminister sind mit mir einig, die Konsequenzen dieses Antrages auf uns zu nehmen. Die Teuerungszuschläge werden sich zunächst darauf ausbauen müssen. Die Verhandlungen über einen Reichslohnvertrag mit den Eisenbahnarbeiter-Organisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die Eisenbahnarbeiter brauchen keine Verschleppung zu befürchten. Mit diesen Zuschlägen wird allerdings die Finanzabgabe des Reiches auf lange hinaus auf das empfindlichste beeinflusst. Ich werde über unsere finanzielle Lage anfangs nächster Woche sprechen.

Abg. Radnide (Dem.): Wir befinden uns in einer Zwangslage.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Forderungen der Arbeiter sind nach eingehender Prüfung seitens des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Reichsverkehrsministers für durchaus berechtigt erklärt worden, insbesondere die Forderungen in der Privatindustrie und den städtischen Betrieben. Wir erwarten aber, daß diese Streikandropfung die letzte war und daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Abg. Kraus (U.S.) stimmt dem Antrag zu. Abg. Köhler (Soz.): Die Teuerungszuschläge müssen nach der gleichenden Scala bemittelt werden.

Abg. Staden (Ztr.) stimmt dem Antrag zu. Abg. Decker (Deutschnat.): Die Teuerungszuschläge warten seit länger als einem Jahre auf eine Besserung ihrer Lage. Es wird aus schwer gemacht, diesem Antrage zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Dr. Birtz: Die Reichsregierung übernimmt die Verantwortung für den Antrag.

Der Antrag wird angenommen. Morgen 1 Uhr Reichswahlgesetz, Reichspräsidentenwahlgesetz. Schluß 8.45 Uhr.

Aus dem Haushaltsausschuss.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 21. April. (Wolff.) Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung gelangte ein Antrag Kozur (Soz.) zur Annahme: Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ermächtigen, die Steuerzuschläge für die Eisenbahnarbeiter und Verwaltungsarbeiter auszuführen.

Eine entsprechende Ermächtigung wird der Verwaltung erteilt. Unterstaatssekretär Böckle teilte im Haushaltsausschuss mit, daß der Vorwurf, der ehemalige Reichsfinanzminister Erzberger habe gegenüber der Steuerbehörde wissentlich falsche Angaben gemacht, nach dem Ergebnis der Untersuchung keine Bestätigung finde.

Das Werk wird seinen Weg machen, auch wenn es in der Provinz eine weniger gute Darstellung finden sollte. Es hat eine Bombenrolle für den Komiker, der bei uns der so überaus beliebte Ferry Silla war, aber auch sehr dankbare Aufgaben für die beiden Hauptliebhaber. Auch ist der vierte Akt, wo Amor mit Euphrosine in die Scheidung begriffene junge Paar wieder zusammenführt, äußerst wirkungsvoll. Prof. Dr. Altmann.

Theater und Musik.

Badisches Landesheater. In der im morgigen Sonntagabend konzert des Badischen Landesheaters u. a. zur Aufführung gelangenden Gesangsreihe für eine Frauenstimme (Wolff) „Vor einem Bilde“ von Albert Reule (Dichtung von Paul Althoff) wird uns gelehrt: Albert Reule's Gesangsreihe gehört in das hochbedeutende Gebiet der modernen dramatischen Solo-Kantate. Sie ist eine Art musikalisch-mono-logische Vision, ein Versuch, die einem rein städtischen Vorgang entzogene, aus Erinnerung und Schmerz geborene Erregung einer fensiblen Frauenstimm-ähnlichen, unter Duzung einer freischwebenden Gesangsstimme auszubilden. — Eine festlich erkrankte, in Verklärung geneidete Nachtwanderin: so lebt die Heldin vor uns. Sie steht unter dem feuchten Einfluss einer eigentümlichen Konstellation von wechselnden Erinnerungsbildern und Stimmungszuständen (Brüderkinder, Liebesjügel, Schmutz und Todessehner), die in ihrer enigen Wiederkehr stets dieselbe Erregung in ihr auslösen: Das Gedenden an das erschütternde, aufwühlende Ereignis in ihrem Leben und Erleben. In dieser Seelenpannung gibt sie sich an die Stätte, wo das Durchbare geschah und durchlebt aufs Neue ihr tragisches Wiederholend mit all seinen Schauern: Erlöse... Verklärung... Hoffnung auf die Wiederkehr aller Dinge!

Der musikalische Aufbau ist durchaus tonförmig-polyphon mit besonderer Betonung des melodischen Moments in der Singstimme, die die ganze Stala menschlicher Empfindungen zu durchlaufen hat. Durch das ganze Werk zieht sich als tonförmiger Grundgedanke in zahllosen Wechsel zwischen großer und kleiner Form ein Leitmotiv, das sich auf das ruhlose Suchen der geliebten Frauenstimm bezieht: es erklingt zum ersten Male gleich am Anfang des Werkes (in Terzen) und zieht sich wie eine rote Fäde durch das Ganze: Das Nachspiel schließt ein langsameres Zurückfinden in den Zustand seelischer Entspannung.

Die Uraufführung der Gesangsreihe fand 1915 in Dresden statt; weitere Aufführungen in Berlin, München, Gera, Weizsig und Nürnberg.

Die deutsche Republik.

Die Redaktionsaktion.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 21. April. (Wolff.) Ueber die Stellungnahme des Reichsverkehrsministers zur Redaktionsaktion wird nachträglich gemeldet: Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell hat am Samstag im Haushaltsausschuss bei der Beratung der Redaktionsaktion erklärt, die Durchführung des Redaktionsprojektes kann die Durchführung der bayerischen Großschiffahrtspläne nicht beeinträchtigen. Die Reichsregierung ist bereit, die bayerischen Großschiffahrtspläne so zu fördern und zu beschleunigen wie das Redaktionsprojekt, sobald Bayern die Voraussetzungen nachweist, wie sie für die württembergische Vorlage als ausreichend angenommen wurde. Es sei die Meinung aufgetaucht, daß es sich hier um ein Konkurrenzunternehmen zu den bayerischen Großschiffahrtsplänen handle. Diese Auffassung sei unrichtig.

Herr Kapp.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 21. April. Wie die „Z.“ meldet, hat die Stadtpolizei Kriminalpolizei die Ausweisung Kapps wegen Fahrlässigkeit beantragt. Kapp habe die schwedische Regierung gebeten, in Schweden bleiben zu dürfen, und falls dies ihm nicht gestattet werden könne, ihm einen Paß zur Reise nach der Schweiz auszustellen. Kapp hat übrigens, der er einem deutschen Pfleger in Schweden erzählte, eine Notlandung in Warnemünde vornehmen müssen.

Verkehrserleichterungen im neubefestigten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.) Darmstadt, 21. April. (Wolff.) Der kommandierende General der Rheinarmee hat verfügt, daß es zum Verkehr zwischen dem neubefestigten heftigen Gebiet und dem unbefestigten Deutschland ebenso wie umgekehrt zur Einreise aus dem unbefestigten in das befestigte Gebiet keine militärischen Visums mehr bedarf. Die für die Erhaltung eines Rhythmus von den Verkehrsabteilungen von Darmstadt und Offenbach vereinbarten Summen sind den Stadtwahlverwaltungen dieser Städte zu Wohlfühlzwecken auszuhandeln.

Keine Einigung in Sachsen.

(Drahtmeldung, uneres Dresd. Korrespondenten.) Dresden, 21. April. Die Unabhängigen haben in Sachsen die Einheitsfront mit den Mehrheitssozialdemokraten abgelehnt.

Deutscher Kongress für innere Medizin.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 21. April. Gestern begann hier nach vierjähriger durch den Krieg verurachteter Pause die Tagung des Deutschen Kongresses für innere Medizin, die von etwa 200 Teilnehmern besucht ist. Die Tagung wurde von Geheimrat Dr. Minkowski eröffnet, der in seiner Rede betonte, man sei diesmal nicht nach Wiesbaden gegangen, da man fürchtete, trotz des wissenschaftlichen Charakters des Kongresses im befestigten Gebiet nicht ohne Schwierigkeiten tagen zu können. Dann betonte der Redner um so nachdrücklicher die Zusammengehörigkeit mit Wiesbaden und überhaupt mit dem Rheinlande und Süddeutschland.

Hörsaal auch von Hagedorn angelegt.

(Eigener Drahtbericht.) Prag, 21. April. (Wolff.) Wie das „Prager Tagblatt“ erfährt, kann zunächst keine Auslieferung von Hagedorn erfolgen, weil sich Hoels, der bei seiner Verhaftung nach einer verborgenen Handgranate gegriffen hatte, um sich der Verhaftung zu entziehen, sich vorerst wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttat vor den tschecho-slowakischen Gerichten zu verantworten haben wird.

Bad. Landesheater. Mitteilung der Intendant: Die Neueinführung von Shakespeares fantastischem Schauspiel „Das Wintermärchen“, Musik von Engelbert Humperdinck, bringt eine fast ideale Neubearbeitung der männlichen Hauptrollen. Den König Leonies stellt Bruno Schönfeld, Voltaire's Robert Wagner, den Schwenden Antonio's Rudolf Esler, Frau Ermarch stellt die Veronika der Paulina und Bertha sind in den Händen von Marie Traubendorfer und Hedwig Holm. Des weiteren sind in den Hauptrollen beschäftigt Fritz Ders, Paul Reichen, Erich Osk, Paul Gemmeke und Paul Müller. In Szene gesetzt wurde das Werk von Felix Baumhau, musikalische Leitung Georg Hofmann.

Uraufführung in Wiesbaden.

Das Nassauische Landesheater zu Wiesbaden, das unter Regals, des nun nach Berlin emigrierten Intendanten, Leitung wenigstens den Versuch gemacht hat, auch Wiesbaden mit modernen Bühnenwerken bekannt zu machen, brachte Paul Schirmer's einaktige „Heitere Tragödie“. Die nachträglichen „Söhne“ zur Uraufführung. Der Dichter hat kürzlich durch sein Lustspiel „Der Herr Minister“, das im Berliner Komödienhaus mit Max Pallenberg in der Hauptrolle aufgeführt wurde, von sich reden gemacht und einen allerdings nicht unbefriedigenden Erfolg errungen. Letzteres kann auch im Hinblick auf seine Wiesbadener Uraufführung gesagt werden. Von dem Stück an sich aber kann kein Loblied gesungen werden. In oft geschraubten, zuweilen unklaren Erweiterungen in der erwiderten Weise vom Fehltritt eines herabstammenden Bildhauers erzählt. Drei Sproßlinge, die von der Gattin des Künstlers und zwei andern Frauen sehr seltsamerweise am 15., 16. und 17. Januar des gleichen Jahres geboren wurden und zur Zeit, da das Stück spielt, 28 Jahre alt sind, wissen natürlich von ihrer Brüderlichkeit nichts, erfahren es aus Anlaß eines beinahe zum Austrag kommenden Ehrenhandels — und alles endet in Harmonie: Frau Professor Hartmann stellt freudig erregt fest, daß sie nun an Stelle eines Sohnes deren drei besitzt. Was an der Schlußteil, der die Entfaltung bringt, wirkt all das aber auf den Haaren herbeigezogen und unwahrscheinlich. Neben fasten aufblühenden guten Bemerkungen wuchern große Gemeinplätze, so daß der Gesamteindruck ein recht unangenehmlicher war. Hans Götgen.

Das Wiesbadener Stadttheater wurde geschlossen, da die Solokräfte in den Streik traten, um neue Gagenforderungen zu erzwingen.

Das Siedlungsgesetz.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

In der Fortsetzung der Beratungen über das Siedlungsgesetz im Verfassungsausschuss des Badischen Landtags werden vom Berichterstatter Richtlinien aufgestellt, die in sieben Gruppen zusammengefaßt werden, die nacheinander in Beratung gezogen werden sollen. Diese sind 1. Feststellung einer Definition der Siedlung und der unter ihr begriffenen Fälle, 2. die Behandlung der großen Höfe, 3. die Enteignung und Verwendung von Parzellenbesitz, 4. die Reform des Pachtrechtes, 5. die Einsetzung von Siedlungsausschüssen und die Regelung des Verfahrens, 6. die Unternehmung der Wälder auf siedlungsfähiges Land, 7. die Revision der Almenden. Zum ersten Punkt, Feststellung einer Definition, vertritt die Regierung den Standpunkt, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetz nur um ein Ausführungsgesetz eines Reichsgesetzes handle und deshalb eine eigene Definition des erübrige. Es wird dem zustimmend von einer Seite bemerkt, daß, da auch das Reichsgesetz keine eigene Definition gebe, sondern nur einzelne Fälle aufzähle, das Uebrige aber der Praxis überlasse, leicht eine Differenz zwischen dem badischen und dem Reichsgesetz eintreten könne. Andererseits wird vom Berichterstatter betont, daß gerade deshalb die Landesgesetzgebung berufen sei, eine festere begriffliche Grundlage zu schaffen, da nur eine solche eine juristische Sicherheit gewährleisten könne. Die Sozialdemokraten wünschen zwar ebenfalls Bestimmtheit, erklären sich aber gegen eine Einengung der von der Reichsgesetzgebung offen gelassenen Möglichkeiten einer Enteignung. Allgemein anerkannt wird, daß das Gesetz eine Enteignung nur zu Zwecken der Siedlung gestattet; dagegen bemängelt der Berichterstatter und mehrere Redner die aus den Ausführungsbestimmungen des Reichsgesetzes entnommene Fassung, daß eine Ueberführung enteigneten Besitzes in eine andere Rechtsform als Siedlung anzusehen sei, als zu unbestimmt und vieldeutig. Es wird eine Fassung vorgeschlagen, wonach unter Siedlungen im Sinne des Gesetzes neue Ansiedlungen sowie Hebung bestehender Kleinbetriebe, wozu insbesondere Ueberführung von Pacht in Eigentum gehöre, zu verstehen sei. Der Minister äußert hierzu das Bedenken, daß durch unrichtige Auslegung im Volk dadurch falsche Hoffnungen erweckt werden könnten. Die Beschlußfassung darüber, ob eine Definition dem Gesetz vorausgeschickt und wie sie zu fassen sei, wird einstweilen ausgesetzt.

In der Debatte war von allen Seiten die Notwendigkeit betont worden, das Siedlungsgesetz durch ein Landeskulturgesetz zu ergänzen, namentlich wurde die Verbesserung der Bestimmungen über Feldbereinigung verlangt, damit im Interesse der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion eine geeignete Flurteilung durch verstärkte Zusammenlegung erreicht werde. Die übermäßige Verschärfung der individuellen Interessen und die Langsamkeit und Kostspieligkeit des bisherigen Verfahrens wurden allseitig beklagt; von demokratischer Seite wird hervorgehoben, daß sich ein verstärkter Zwang gerade gegen die Verhinderung der Freiheit der Bewirtschaftung durch einzelne Widerwillige lehre, wobei der Minister darauf aufmerksam macht, daß die schlimmsten Mißstände schon durch das Gesetz über Kulturverbesserungen beseitigt seien. Von den Sozialdemokraten wurde weitergehend die Einführung eines Anbauzwanges in der Weise des alten Flurzwanges, jedoch in intensiverer Wirtschaft, womöglich auf genossenschaftlicher Grundlage und eine Enteignung, wo eine solche verhindert werde, für wünschenswert erklärt. Während ein Zentrumsabgeordneter solche Ideen für unausführbar erklärt, wird von einem demokratischen Redner betont, daß immerhin im Kriege eine solche Enteignung durch das Ermächtigungsgesetz schon einmal ermöglicht und auch öfters in Anwendung gebracht worden sei, wie überhaupt Reichs- wie Landesverfassung die Entschärfung

Kunst und Wissenschaft.

Eine Doktordisertation über den Völkerverbund.

Den Völkerverbund hat zum erstenmal Dr. Reinold v. Ledden zum Gegenstand einer Doktordisertation gemacht. Seine Arbeit, die er in Greifswald eingereicht hat, führt den Titel: „Völkerverbund und Völkerverbund“ und untersucht die Idee des Völkerverbundes von der völkerrechtlichen Seite aus. Die Dissertation wird in der Reihe der von der Deutschen Liga für Völkerverbund herausgegebenen „Monographien zum Völkerverbund“ erscheinen.

Esperanto. Aus Moskau wird gemeldet:

Die „Promada“ schreibt, daß die Sowjetregierung die Einführung des Esperanto in allen öffentlichen Schulen Russlands angeordnet habe.

Veronien. Der Professor für öffentliches Recht an der Vonneg Universität, Dr. Adolf Schmidt, hat einen Ruf nach Leipzig als Nachfolger Otto von Guericke erhalten.

Wie wir hören, hat Prof. Dr. Wilhelm (Zählungen) den Ruf auf den Lehrstuhl der Physik an der Vonneg Universität als Nachfolger Dr. Kaufers abgelehnt; dieser Lehrstuhl wurde jetzt dem Ordinarius an der Universität Münster, Prof. Dr. Heinrich Koenig, angeboten.

Prof. Dr. Panger in Heidelberg hat den ihm ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für ältere deutsche Sprache und Literatur an der Universität Köln angenommen.

Im Alter von 67 Jahren starb der Privatdozent für römisches Recht an der Universität Halle, Prof. Dr. jur. Heinrich von Hollander.

des Eigentums durch das öffentliche Interesse ausdrücklich vorzehen. Der Minister erklärt, daß allerdings die ursprüngliche Absicht der Regierung gewesen sei, das Siedlungsgebiet zu einem Landeskulturgebiet auszugestalten, daß nur zu diesem Zweck im ersten Entwurf die Entzignungsmöglichkeit auch auf kleineren Besitz ausgedehnt gewesen sei, daß jedoch diese Absicht durch das Reichsbedingungsgebot, das die Enteignung auf Grundbesitz über 100 Hektar beschränkt, nachträglich vereitelt sei. Er erklärt sich jedoch nach den jetzigen Vorstellungen des Ausschusses bereit, ein solches Gesetz unabhängig vom Siedlungsgebot, aber als dessen Ergänzung auszuarbeiten zu lassen. Eine dahin gehende Resolution soll gefaßt werden.

Zu der darauf folgenden Erörterung über die großen Höfe wird von allen Seiten anerkannt, daß sie für die Volksernährung und als Stützen der kleinen Landwirtschaft selber unentbehrlich seien; ihre Anzahl — nur 119 in ganz Baden — wird eher als zu gering befunden. Als geeignete Fassung, die ihren Bestand gewährleisten soll, wird nach längerer Debatte vorläufig gewählt: „Gutbewirtschaftete große Höfe sind unzulässig zu erhalten.“ Deshalb sollen auch in der Regel, wenn sich auch mehrere Höfe in einer Hand befinden, diese nicht enteignet werden. Vollständig ausschließen will in vereinzelten Fällen die Regierung eine Aufteilung zum Zweck einer Einzelbesitzung nicht. Im Bericht sollen die sozialen Gründe, die zu einem solchen gelegentlichen Abweichen von der Regel führen können, ausgeführt werden. Auch eine Verfeinerung, wobei gemeinhin nur Außenhöfe oder von der Hauptmasse getrennte Bestände in Frage kommen können, dürfe nie ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Als Maßstab dieser Leistungsfähigkeit ist der Hofertrag anzunehmen, da, wie der Berichterstatter hervorhebt, die deutsche Wirtschaft jetzt und in absehbarer Zukunft auf die Steigerung der Hoferträge angewiesen ist. Eingehende landwirtschaftliche Erörterungen knüpfen sich hieran über die Möglichkeit, diese Hoferträge zu steigern und die Vorteile, die gerade der größere Betrieb hierfür zu bieten imstande sei. Jedoch soll auch, namentlich durch Begründung von Arbeiterstellen, die soziale Lage einer bestmöglichen Landbevölkerung, wo andere Existenzmöglichkeiten nicht gegeben sind, nach Möglichkeit gehoben werden, wobei aber die Warnung nicht fehlt, nicht zu kleine Leute, denen rechte Arbeitsgelegenheit entgeht, anzusehen. Die Vergrößerung des Kleinbesitzes zur Größe einer selbständigen Ackerbauern, die schon durch das Reichsgebot unter den Begriff der Siedlung gebracht ist, wird, wo sie überhaupt durchzuführen ist, wesentlich durch Zusammenführung von Parzellen stattfinden, die den Gegenstand der nächsten Sitzung bilden wird. Vorläufig erörtert der Minister den vor dem Reichsgebot einzuführenden Begriff der Ackerbauern dahin, daß darunter eine Betriebsgröße zu verstehen sei, bei der die volle Ausnutzung der vorhandenen Betriebsmittel gesichert sei.

Badischer Landtag.

Der Staatsvertrag. — Frage und förmliche Anfrage.

(Eigener Bericht.)

Die gestrige Nachmittags-Sitzung brachte zunächst wieder kurze Anfragen. Der deutsch-nationale Abgeordnete D. Mayer-Karlsruhe nahm Anstoß an der Einleitung des Verpflichtungslehnes der Freiburger Einwohnerwehr: „Ich erkläre, daß ich grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehe“ und richtete an die Regierung die Frage, was sie zu tun gedenke, um die Einwohnerwehr des parteipolitischen Einflusses zu entziehen. Ihm entgegnete der Minister des Innern Nemele, infolge der Forderung der Entente auf Aufhebung der Einwohnerwehren habe die Regierung eine Verfügung ins Land hinausgehen lassen, nach der die Waffen der Einwohnerwehren an die Polizei abgegeben werden müssen. Der Verpflichtungslehne sei zu betrachten unter dem Gesichtswinkel der Vorgänge im März; damals sei es angebracht gewesen, nicht nur Infanterie, sondern auch Reichsradikale von der Einwohnerwehr fern zu halten zum Schutze der Ruhe und der öffentlichen Ordnung. Auf eine weitere Anfrage des obigen Abgeordneten erwiderte Arbeitsminister Härdter, die badische Regierung bemühe sich schon seit langer Zeit, bei den zuständigen Reichsstellen dahin zu wirken, daß die Kasernen für Wohnungen frei werden. Teile der Gottesackerkaserne und der Dragonerkaserne werden von elsass-lothringischen Flüchtlingen und Eisenbahnern besetzt; das Kammergebäude der Gottesauer Artilleriekaserne sei der Stadt für Wohnzwecke zur Verfügung gestellt worden; im Divisionsgebäude werden Notariate untergebracht; das ehemalige Zeughaus werde von der Technischen Hochschule in Anspruch genommen; wegen des Kadettenaufbaus und des General-Kommandogebäudes schweben gegenwärtig noch Verhandlungen. Die übrigen Räumlichkeiten der Kaserne werden von der Reichswehr beansprucht; habe diese Karlsruhe verlassen, so werde darauf hingewirkt, daß auch der Rest der Kaserne für Wohnzwecke benutzt werden könne.

Der Staatsvertrag über den Übergang anrunder Staatsbahnen auf das Reich wurde in zweiter Lesung nach einer kurzen Einzelberatung, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Großhans für eine Verbesserung des Vertrags auf dem Boden des Eintrats und der demokratischen Abgeordnete Jhrga noch einmal die Bedenken der Stadt Mannheim wegen des Schicksals der badischen Rheinbahn vortrug, mit allen gegen sechs deutsch-nationale Stimmen genehmigt.

Das Finanzministerium hatte dem Landtag ein Schreiben zugehen lassen, nach dem eine größere Anzahl von Gemeinden in eine höhere Preisklasse des Gehaltsstufens einreichte. Mit dieser Zuschrift befaßte sich der Haushaltsauschuß sehr eingehend. In dessen Auftrag stellte der demokratische Abgeordnete Jhrga den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Haus beschloß in diesem Sinne.

Dann folgte die Beratung einiger förmlicher Anfragen. An Singen a. S. ist ein Hilfsrentenbesitzer durch Oberzolinspektor Eiche ohne Kündigung entlassen worden, weil er gemäß

§ 17 der badischen Verfassung und Artikel 159 der Reichsverfassung von der Koalitionsfreiheit Gebrauch gemacht hat“, behauptet eine sozialdemokratische förmliche Anfrage. Aus der Bemerkung des Leiters des Landesfinanzamtes Köhler ging hervor, daß der Hilfsrentenbesitzer bei der Zollabfertigung Goldmünzen-Sid entlassen worden ist, weil der Verkehr an der Stelle so stark nachgelassen hat, daß es nicht mehr möglich erschien, dort zwei Hilfsrentenbesitzer zu belassen. Weder, ein ausgewiesener Empfänger, war ein unzufriedener Mensch, der die Ausbesser und Grenzaufseher aufbehalte und bestrebt war, Spionage in die Beamtenorganisationen zu bringen. Nicht richtig ist, daß Weder ohne Kündigung entlassen worden ist, ebenso nicht, daß seine Entlassung erfolgt ist, weil er vom Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hat. Nach den Aussagen einer großen Anzahl von Beamten hat Oberzolinspektor Eiche niemals den Versuch gemacht, die Koalitionsfreiheit seiner Untergebenen zu beschränken. Es liegt daher keine Veranlassung vor, gegen ihn einzuschreiten. Von der demokratischen Fraktion betonte Dr. Köhler, die von dem Begründer der Anfrage, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Großhans, vorgebrachten Einzelfälle müssen von der Regierung genau geprüft werden. Von demokratischer Seite werden Angriffe gegen das Koalitionsrecht immer und jederzeit auf das Schärfste verurteilt werden, und zwar nicht allein, weil es in der badischen Verfassung und in der Reichsverfassung verankert ist, sondern vor allem aus dem Grunde, weil die Deutsche Demokratische Partei eine demokratische und soziale Partei ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete Markloff meinte, es scheine doch ein unrichtiger Zusammenhang in der Angelegenheit zu bestehen; weiter bemerkte er, es gebe noch viele Beamte, die den Geist der Zeit nicht verstehen. Finanzminister Köhler nahm die Beamtenschaft gegen die Ausführungen Markloffs in Schutz.

Die Verschiebung von Pferden wurde in der Presse schon recht oft und in scharfen Worten getadelt. Vierundzwanzig Mitglieder der Zentrumsfraction machten sie zum Gegenstand einer förmlichen Anfrage, in der sie weiter fragten, ob die Regierung bereit sei, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß beim Ankauf des an den Feind und abzuführenden Viehs der zur Zeit der Ablieferung geltende Marktpreis gezahlt wird. Der Minister des Innern erinnerte daran, daß dies der Reichswirtschaftsminister in einer Sitzung der Deutschen Nationalversammlung für unmöglich erklärte. Die Ausfuhr von Pferden nach dem Reichsausland ist verboten; die Behörden haben ihre entsprechenden Anweisungen; die Beschlagnahmen ergeben, daß unsere Behörden ihre Pflicht tun. In der Aussprache wurde die durch den Friedensvertrag von Versailles bedingte Ablieferung von Vieh an die Entente sehr eingehend erörtert. Der Minister ging auf die vorgebrachten Beschwerden ein und verwies auf die Bestimmungen über die Ablieferung.

Ende November vorigen Jahres reichten mehrere Mitglieder der Zentrumsfraction eine förmliche Anfrage ein des Inhalts, ob die Regierung beabsichtigt sei, daß viele Lehrerrinnen für weibliche Handarbeit- und Haushaltungskunde die nach Artikel 3 des Gesetzes vom 1. August 1919 ihnen zugesicherten Feuerungszulagen und Feuerungsbeihilfen nur zu einem Teil oder auch gar nicht erhalten haben; weiter wird gefragt, ob die Regierung bereit sei, den finanziell schwächeren Gemeinden durch Gewährung staatlicher Beihilfen diese Regelung zu ermöglichen. Fräulein Abgeordnete Meyer begründete die Anfrage und ward dabei von der Lehrerrinnen eine warme Fürsprecherin. Die Rednerin berichtete ferner namens des Verfassungsausschusses über das Geseh der mittleren Städte Badens um Aenderung der verfassungsrechtlichen und schulgesehlichen Bestimmungen über die Feuerungszulagen und die Lehrerrinnen. Unterrichtsminister Hummel teilte mit, daß auf eine bei sämtlichen 18 Kreisrätern veranlassete Anfrage, welche Beschwerden in dieser Angelegenheit vorgebracht worden seien, relativ wenig eingegangen sind; bei den meisten Kreisrätern lagen keine Beschwerden vor, bei anderen nur recht wenige. Daraus dürfe man aber nicht den Schluß ziehen, als ob kein Grund zu solchen Beschwerden vorliege. Der Minister betonte, es wäre ihm sehr angenehm, wenn ihn das Haus durch seine Stellungnahme in den Stand setzen würde, einen Erlaß an die Kreisrätern mit dem Ersuchen herauszugeben, den Gemeinden des Landes aufzulegen, den Handarbeits- und Haushaltungskundelehrerinnen die Feuerungsbeihilfe auszusprechen. Das Kultusministerium sei auch bereit, bei der Aenderung des Schulgesetzes die Sollbestimmung des § 54 in eine Maß-Bestimmung umzuwandeln. Der zweite Frage stelle die Fassung des § 95 des Schulgesetzes entgegen. Nach einer kurzen Aussprache wurde der Antrag des Verfassungsausschusses, das Geseh der mittleren Städte Badens der Regierung im bestimmten Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung beginnt heute vormittag um 9 Uhr.

Während der Sitzung überreichten die im Landtag tätigen Presserepäsentanten dem Landtagspräsidenten ein Schreiben des Inhalts, daß sie infolge der schlechten Akustik im Saale nur noch über die Reden jener Abgeordneten berichten können, die vom Rednerpult aus sprechen. Wir haben schon wiederholt betont, daß die Akustik schlecht ist und infolgedessen Mißverständnisse leicht möglich sind. Diese wollen wir aber im Interesse der Sache selbst vermeiden. Ein Teil der Abgeordneten benützte sofort nach Bekanntgabe des Schreibens das Rednerpult, nahezu ein Dutzend aber sprach vom Platte aus. Wie der Präsident mitteilte, wird das Schreiben demnächst in einer Sitzung des Vertrauensmännerauschusses erörtert werden.

Haushaltsauschuß.

(Eigener Bericht.)

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsauschusses wurde mit der Einzelberatung des Staatsvoranschlags für das Rechnungsjahr 1920 begonnen. Die Positionen A und B und Staatsministerium wurden mit kleinen Änderungen angenommen. Allgemein ist zu erwähnen, daß der Materialaufwand nach dem Stand vom Oktober eingestellt ist. Die Mehrerfordernisse infolge der Preissteigerung werden in einem Nachtrag anzusprechen sein, bez. ja infolge der in Aus-

nicht gestellten neuen Gehaltsordnung sowie nötig sein wird. Die bisherigen Feuerungszulagen sind im Voranschlag des Finanzministeriums in einem Betrag angefordert, so daß in den Einzelvoranschlägen der Ministerien nur die Grundgehälter eingestellt sind. Die Errichtung eines selbständigen Stenoorganamtes soll geprüft werden. Das veränderte Erscheinen der amtlichen Berichte über die Sitzungen des Landtags wurde allseitig beanstandet. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Wunsch vorgebracht, es möchten die Gebühren der Abgeordneten entsprechend erhöht werden, da es bei der derzeitigen Vergütung den Abgeordneten nicht mehr möglich sei, das Amt ohne große persönliche materielle Opfer auszuüben. Die Frage soll durch den Verfassungsausschuß geprüft werden. Das Deutkreisfolgegebot muß ebenfalls einer zeitmäßigen Revision unterzogen werden. Gegenüber den vielfach bestehenden Zweifeln über die den Staatsrätern gewährte Vergütung wurde festgestellt, daß diese Mitglieder des Staatsministeriums entsprechend der Verfassung von § 54 Absatz 2 Verfassung nur für diejenigen Tage Tagelohn erhalten, und zwar in der Höhe der den Abgeordneten zuzurechnenden Tageelöhne. 30 Mk. für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten, 30 Mk. für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten, an denen sie an einer Sitzung des Staatsministeriums teilnehmen oder sonst als Mitglieder des Staatsministeriums a. B. als Vertreter beratender Minister tätig werden. Von demokratischer Seite wurde im Verlaufe der Beratungen auf Vereinigung der Staatsverwaltung bedauert, daß die Stelle des Vortragenden Rates beim Staatsministerium nach Erneuerung des Staatsrats Kohler zum Finanzminister neu besetzt worden ist, da bei dieser Stelle jedenfalls die Frage angemessen werden könne, ob sie nicht bei der in Aussicht genommenen Vereinigung der Staatsverwaltung in Besatz kommen könne. Die im Voranschlag eingelegten Mk. 10 000 Renzientionsgelder stehen nach einstimmigem Beschluß des Ausschusses dem Staatspräsidenten lediglich für private Ausgaben, zu denen ihn kein Amt verpflichtet, zu. In Ergänzung soll nach ebenfalls einstimmig Beschluß ein Dispositionsfonds geschaffen werden, über dessen Verwendung dem Landständischen Ausschusse Abrechnung erstattet werden soll. Ueber die Höhe dieses Fonds wurde noch kein Beschluß gefaßt.

Badische Politik.

Neubauinspektionen.

Für die Neubauten bei den badischen Staatseisenbahnen sind folgende Neubauinspektionen errichtet worden: Bahnbauinspektion 3 Mannheim für Umbauten im Bahnhof Mannheim und Änderungen der Zufahrtslinien zum Mannheimer Hauptbahnhof; Bahnbauinspektion 4 Breiten für den Bahnbau Breiten-Kirnbach; Bahnbauinspektion 5 Dörsch für den Bahnbau Dörsch; Bahnbauinspektion 6 Forbach für die Weiterführung der Murgalbahn und Bahnbauinspektion 7 Neustadt i. Schw. für den Bahnbau Litzlee-St. Blasien.

Vollversammlung der Landwirtschaftskammer.

Die Badische Landwirtschaftskammer wird am 28. April im Friedrichshof in Karlsruhe eine außerordentliche Vollversammlung abhalten. Die Tagesordnung umfaßt u. a. die Bestimmung des neuen Landwirtschaftskammergesetzes und die Förderung des Pflanzenbaues.

Aus Baden.

Fahrplanänderung.

Seit 21. April verkehrt der Zug 753 (B) zwischen Karlsruhe und Rheinsheim in folgendem Fahrplan: Karlsruhe ab 4.30 nachm., Dagsfeld 4.39, Blankenlof 4.47, Friedrichstal 4.55, Graben-Neudorf an 5.05, ab 5.15, Pultenheim 5.24, Philippsburg 5.31, Rheinsheim an 5.36 nm.

Weingarten (Amt Durlach), 20. April. Am Sonntag hielt der Landm. Bezugs- und Abfahrverein Weingarten seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder durch Ratgeber und Redner Gaf ging man zur Tagesordnung über, deren einzelne Punkte sich glatt abwickelten. Der Vertreter des Genossenschaftsverbandes Bad. Landm. Vereinigungen Karlsruhe, Landwirtschaftslehrer Käber, sprach in längerer Ausführungen über die wirtschaftliche Lage und über die Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Eingehend behandelte er die Anbahnung eines direkten Verkehrs zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften. Dem Redner der Genossenschaft wurde von dem Vertreter des Genossenschaftsverbandes für 25jährige treue genossenschaftliche Mitarbeit ein schönes landwirtschaftliches Buch überreicht.

i. Graben, 20. April. Mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an hat der Bürgerausschuß die Gehälter unserer sämtlichen Gemeinde-Beamten um 100 Proz. erhöht. Es betragen das Gehalt für den Bürgermeister und Ratgeber je rund 8000 Mk. Für den Gemeindevorsteher, Ortsdiener, Feld- und Waldhüter je 4000—5000 Mk. Man muß anerkennen, daß bei den Mitgliedern unseres Bürgerausschusses ein soziales Verständnis obwaltet.

rr. Mannheim, 20. April. Die „Mannheimer Liebertafel“, die auf eine ruhmvolle Laufbahn in der Geschichte des deutschen Männergesanges zurückblickt, beging am Samstag und Sonntag ihr 80jähriges Bestehen. Stets war der Verein, der heute 253 aktive und 648 passive Mitglieder zählt, ernstlich bemüht, an den großen Kulturleistungen, die dem deutschen Männergesang zugewiesen sind, getreulich mitzuwirken. Die Jubiläumsehrlichkeiten gingen unter der regen Teilnahme aller Kreise des Bürgeriums vor sich. Das Festkonzert, das im völlig besetzten Nibelungenfeste des Rosengartens stattfand, gestaltete sich zu einem künstlerischen Ereignis. In gehaltvoller Mischung wurden vokale und instrumentale Meisterleistungen geboten. An das Konzert schloß sich ein Festakt an, der durch eine Ansprache des zweiten Vorsitzenden, Stadtrat Jakob Groß, eröffnet wurde. Der hochverdiente erste Vorsitzende, Hauptlehrer a. D. Fehler, und der erste Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes, Rechtsanwalt Friedrich List-Neutlingen, wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Bürgermeister Dr. Walli überbrachte die Glückwünsche der Stadtverwaltung, während Herr Wilke-Karlsruhe im Namen des Badischen Sängerbundes und Herr Weinrich

Wienreich namens der Mannheimer Sängervereinigung sprachen. Ein Festball im Nibelungenfeste des Rosengartens beschloß die Jubiläumsvorstellungen, die den weit über Deutschlands Grenzen bekannten und hochgeschätzten Mannheimer Gesangerverein wieder auf der Höhe gezeigt haben, die er vor dem Weltkrieg erlangt.

— Konkauz, 21. April. Die Frau des Polizeiergenten Neudorf, die bei ehefremden Zwitterigkeiten von ihrem Mann niedergejagt worden war, ist jetzt ihren Verletzungen erlegen. Die Leiche des Neudorf, der sich nach der Tat ertränkte, ist noch nicht gefunden.

Letzte Nachrichten.

Für den Anschluß an Deutschland.

Wien, 21. April. (Wolff.) In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung verlangte Abg. Dinghofer (Großdeutsch) das Selbstbestimmungsrecht für Oesterreich, da dieses in seiner jetzigen Gestalt nicht lebensfähig sei. Für Oesterreich gebe es nur eine Möglichkeit, lebensfähig zu werden, das sei der Anschluß an das Deutsche Reich. Der Sozialdemokrat Adler betonte u. a.: Die Sozialdemokratie betrachte nach wie vor den Anschluß an Deutschland als die einzig mögliche politische Lösung.

Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 21. April. Nach dem „Pravo Lidu“ wird sich die Abgeordnetenliste wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozialdemokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 32, magyarische Sozialdemokraten 10, tschechische Sozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien werden entfallen: Agrarier und Anhänger der Partei Srobars in der Slowakei 41, Klerikale 35, Gewerkepartei 4, deutsche Parteien 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate.

Rückkehr aus Japan und China.

(Eiener Drahtbericht.)

Berlin, 21. April. (Wolff.) Der nächste Heimkehrungsdampfer „Mantak Maru“ mit Familien aus Japan und China ist in Sabang angekommen und am 16. April von dort nach Port Said in See gegangen. Der Dampfer wird etwa am 24. Mai in Hamburg eintreffen.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen)

Donnerstag den 22. April.

Bad. Landestheater v. S. Sinfonie-Konzert des Opernorchesters des Bad. Landestheaters, abds. 7 1/2 Uhr.

Stadt. Konserthaus „Maria Stuart“, abends 6 1/2 Uhr.

Eintracht-Haal. Niederabend Benno Siegler, abds. 7 1/2 Uhr.

Sandwerferbauernoffenschaft Gardwald-Siebeluna. Vortrag im Saal 3 der Brauerei Schrempf, abends 8 Uhr.

Dom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe. Auf Grund land- und lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Mittwoch 21. April 1920 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Table with columns: Ort, Luftdr. in NN, Wind, Wetter, Niederschlag d. letzten 24 Std.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7²⁰ morgens, Karlsruhe Seehöhe 127 m)

Table with columns: Luftdr. in NN, Wind, Wetter, Niederschlag.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Der kräftig entwickelte Luftwirbel, der gestern über England lag, hat unter förmlicher Bewegung schon gestern nachmittags seinen Einfluß auf Baden ausgedehnt; nach nur kurzer Aufhellung erfolgten daher erneute Regenfälle. Die Temperaturen überstiegen gestern in der Rheinebene 17 Grad; heute bleibt es infolge Zufuhr kalter Luftmassen aus N.W. um mehrere Grade kühler. — Der Luftwirbel entfernt sich und von Westen her ist starke Druckzunahme im Gange.

Voranschlägliche Witterung bis Donnerstag, 22. April, nachts: Vorerst noch wechselnde Bewölkung und einzelne Regenfälle, sehr kühl; später fortschreitende Besserung. Bei Ausklaren Nachtfrostgefahr.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

Table with columns: Station, Wasserstand, Datum.

Für die Grenz-Spende

singen bei uns von Herrn R. 10 Mk. ein, welche wir an die Hauptkassette abgeliefert haben. Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblattes.

An das Handelsregister B Band I D. S. 18 ist zur Firma Wabmalzfabrik Karlsruhe vormals Haid & Neu in Karlsruhe eingetragen: In der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. März 1920 wurde beschlossen, das Grundkapital um 2000 000 Mk. durch Ausgabe von 2000 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien à 1000 Mk. zu erhöhen. Vorhanden und Aufsichtsrat wurden ermächtigt, diese 2000 Stück neuen Aktien an das Bankhaus Straus & Co. in Karlsruhe zum Kurse von 105 Prozent mit der Maßgabe in begeben, daß das genannte Bankhaus verpflichtet sein soll, die übernommenen Aktien nach Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister den bisherigen Aktionären zum Kurse von 110 Prozent in der Weise anzubieten, daß auf jede alte Aktie eine neue Aktie bezogen werden kann. Die neuen Aktien haben Anspruch auf die ganze Dividende 1919/20. Diese Erhöhung hat stattgefunden. Das Grundkapital beträgt nunmehr 4 000 000 Mk. und zerfällt in 4000 Aktien à 1000 Mk., auf den Inhaber lautend. Entsprechend der Erhöhung ist der § 2 der Statuten geändert worden und ferner § 14a, 14b, 25 Abs. 1; der § 16 wurde ein neuer Absatz hinzugefügt, der § 26 wurde geändert und dem folgenden Satz die Heberfrist „26“ gegeben. Karlsruhe, den 19. April 1920.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. Mai d. J. an wird von den Behörden der Reichs- und der Wirtschaftsausgewonnen, des Städtischen Konzerthauses und der Städtischen Ausstellungshallen eine Einlassgebühr von 20 Pf. für die Person angesetzt der Stadtkaufleute erhoben. Die Gebühr ist ohne Rücksicht auf die Art der Veranstaltung und auch dann zu zahlen, wenn neben der Einlassgebühr ein besonderes Eintrittsgeld vorgeschrieben ist. Die Eintrittskarte berechtigt zum einmaligen Besuch der Räume. Sie wird beim Eintritt vom Kassabeholder entnommen. Durch Berechtigung mit dem Unternehmen bestimmter Veranstaltungen kann für Besucher solcher die Einlassgebühr abgesetzt werden. Entsprechende Gesuche sind mit dem Antrag auf Mietung der Räume zu stellen. Die Einlasskarten sind in folgenden Stellen käuflich:

- Verkaufsstellen:**
 West C. Baarenstraße, Kaiserstr. 113.
 West C. Baarenstraße, Ecke Kaiser- und Zerkulstraße.
 Doerflinger, Mühlsteinhandlung, Kaiserstr. 159.
 Hase Gd., Baarenstraße, Kar. Nr. 51.
 Freundlieb D., Sportgeschäft, vorm. E. Dablenmann, Kaiserstr. 185.
 Keller W., Baarenstraße, Kaiserstr. 179.
 Dollschuß Karl, Kanmann, Werdertstr. 48.
 Knauth Gebirger, Papierhandlung, Kaiserstr. 88.
 Kühnel H., Baarenstraße, Sub. W. Schim. Durlacher Allee 4.
 Meule S., Baarenstraße, Ecke Karl-Friedrichs- und Kaiserstraße.
 Meule S., Baarenstraße, Ecke Kaiser- u. Wellenstraße.
 Meule S., Baarenstraße, Kaiser-Wilhelmstraße 1.
 Meule S., Baarenstraße, am Bahnhofsplatz.
 Morlock A., Baarenstraße, Kaiserstr. 3 u. 75.
 Morlock A., Baarenstraße, Karl-Friedrichstr. 26.
 Müller Fritz, Mühlsteinhandlung, Kaiserstr. 124a.
 Neufeldt Kurt, vorm. S. Kunz, Waldstr. 39.
 Rensen H., Baarenstraße, Wittvstr. 1 (Mühlburg).
 Tafel Franz, Mühlsteinhandlung, Kaiserstr. 82a.
 Verkehrsverein, Durlacher Allee, Durlacher Allee 15.
 Verkehrsverein, Anzeigenscheinstelle Zeitungs-häusern beim Hotel Germania.
 Pfeiffer Beckel, Durlach, Durlacher 77.
 Außerdem bei den Stadtgartenbesitzern am südlichen und nördlichen Stadtpark, an den Rassen der Reichs- und der Wirtschaftsausgewonnen und der Ausstellungshallen, sobald dort Veranstaltungen stattfinden und dabei Karten gefordert werden. Karlsruhe, den 15. April 1920.
 Der Stadtrat.

Das Schwimmbad
 im
Städt. Bierordtbad
 ist ab
 Montag, den 19. d. Mts.
 wieder
täglich geöffnet.
 Die Badeseiten sind wie früher.
Für Frauen und Mädchen:
 Vorm. 10—11 und nachm. von 2½—4½ Uhr
 (Samstag nachm. nicht) sowie Freitag abends
 6—7 Uhr zu ermäßigtem Preis.
Für Männer und Knaben:
 Vorm. 9—10 Uhr u. von 11—12 Uhr, nachm.
 4½—7½ Uhr, Freitag abends nur bis 6 Uhr,
 außerdem an den Samstagen und über die
 Mittagszeit, Mittwoch und Samstag abends
 an ermäßigtem Preise.

Der Mann, der die Stadt plünderte.
 Roman von Sven Elvén.
 (Nachdruck verboten.)
 Frau Carlens stürzte aus ihrem Zimmer. Der Dieb ging hinein, steckte die Juwelen zu sich und mißte sich dann unter die übrigen Gäste.
 „Ich bedauere, Ihnen das sagen zu müssen, lieber Freund, aber die Lösung klingt sehr einfach.“
 Helgesen nickte. Der Polizeichef lächelte, froh über rasch.
 „Und doch hat die Lösung einen äußerst schwachen Punkt aufzuweisen“, sagte Helgesen.
 „Bitte?“
 Helgesen reichte Krag die Liste der Gäste des Hauptmanns Carlens.
 Sie begann mit dem Bischof Mosgaard und endigte mit dem Staatsrat a. D. Knold. Lauter bekannte, angelegene Namen.
 „Ich habe gezeigt“, sagte Helgesen, „daß keiner von der Dürerschaft der Dieb sein kann. Alle haben ihre Unschuld nachgewiesen. Ich gebe zu, daß das Kammermädchen Raja in einem sonderbaren Richte dasteh; aber wollen Sie wirklich, nachdem Sie diese Liste von angesehenen Männern und Frauen geleitet haben, zu behaupten wagen, daß der Dieb unter ihnen zu finden sei?“
 Krag antwortete anscheinend.
 „Entsinnen Sie sich einer alten Geschichte“, sagte er, „von einem Diebstahl, der einmal in einer Gesellschaft begangen wurde. Es waren nur die allerbesten Kreise vertreten. Aber der Dieb war ein Fremder, und als er den Diebstahl entdeckte, nahm er keine Rücksicht, sondern ließ alle seine Gäste unter ihren lebhaften Protesten untersuchen.“

Amliche Bekanntmachung.

Die Diensträume der Notariate Karlsruhe I, II, III und IV (Zuständigkeitsbereich) befinden sich vom 24. April d. J. ab im Gebäude des Bankhauses Straus & Co. in Karlsruhe. Die Diensträume des Umanos werden geschlossen.

Reinigung der Wasserrohrleitungen.

Vom Donnerstag, den 22. April bis auf weiteres wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrleitungen in den Straßen des Schlossbezirks zwischen der Wald-, Kaiser- und Waldhornstraße sowohl tagsüber wie auch nachts vorgenommen. Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken ist nicht ausgeschlossen.

Bekanntmachung über Notstandsversorgung.

Bei den Firmen:
 A. Breitbarth, Kaiserstraße.
 J. Bahr, Kaiserstraße.
 E. Böhmer, Kaiserstraße.
 E. Böhmer & Sohn, Kaiserstraße.
 E. & S. Drechsler, Kaiserstraße.
 J. Wolf, Hansstraße, Kaiserstraße.
 Mees & Sohn, Kaiserstraße.
 Otto Freundlieb, Kaiserstraße.
 Johann Berentzen, Kaiserstraße.
 Richard Bahr, Kronenstraße.
 A. Schaefer, Werdertstr.
 Julius Löwe, Werdertstr. und
 Leonhard Gsch, Marienstraße.
 sind gealterte Männer-Anzüge zum Preise von Mk. 250 erhältlich.
 Diese Anzüge sind ausschließlich für Minderbemittelte bestimmt und dürfen nur gegen Besondere Berechtigungen verkauft werden, welche auf Antrag durch die Prüfungsstelle des Städt. Fürsorgeamtes in der Neuen Stadt, Ausstellungshalle ausgestellt werden.

Städtische Bekleidungsstelle, Verwaltung.

Bekanntmachung über Notstandsversorgung.

Bei den Firmen:
 Aug. Weber, Marienstraße.
 Fritz Herr, Marienstraße.
 G. Reisinger, Wittvstraße.
 Heinz Reichel, Kaiserstraße.
 Karl Kraus, Kaiserstraße.
 Friedrich Schuler, Solkenstraße.
 Karl Schick, Kronenstraße.
 Marie Krug, Kronenstraße.
 Gottl. Wolf, Durlacher Allee.
 Anna Marzoll, Waldstraße.
 J. Schmiebecker, Waldstraße.
 sind Frauenstrümpfe zum Preise von Mk. 10.05 und Mk. 15.30 erhältlich.
 Diese Strümpfe sind ausschließlich für Minderbemittelte bestimmt und dürfen nur gegen Besondere Berechtigungen verkauft werden, welche letztere auf Antrag durch die Prüfungsstelle des Städt. Fürsorgeamtes (jetzt Neue Stadt, Ausstellungshalle) ausgestellt werden.

Städtische Bekleidungsstelle, Verwaltung.

Die Städtische Spartasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt:
Samstags 8—12 Uhr
 an den üblichen Werktagen:
vormittags 8—12 Uhr, nachm. 2—4 Uhr.
 Der Verwaltungsrat.

Handwerkerbaugenossenschaft Hardwald-Biedelung.

In einem Vortrag des Herrn Garteninspektors Wenzel über Erfahrungen im Ringen mit wachsenden Ausbreitung haben wir Mitglieder und Handwerker-Genossen und sonstige Interessenten am Donnerstag, 22. April 1920, abends 8 Uhr, in den Saal III der Brauerei Schenker, Durlach, ein.
 Der Vorstand der Handwerker-Baugenossenschaft Karlsruhe, v. G. m. B. D.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Die Auszahlung der Dividende erfolgt am Freitag, den 23. April, vorm. von 7—12 Uhr und nachmittags von 1—4 Uhr, für die Nummern der neuen Markenbücher von 2701—3459 an unserer Kasse, Kronenstraße 23, gegen Vorweisung des neuen Markenbuchs, ein.
 Es wird dringend gebeten, Wechselgeld mitzubringen.

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Sommer-Semester 1920.

- Beginn: 26. April, Dauer: 10 Vortragswochen.
 1. Grundbuch- und Hypothekensrecht.
 Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe.
 Jeden Montag, abds. 8 Uhr. Beginn: 26. April.
 2. Geld, Bank und Börse.
 Dozent: Herr Geheimrat Dr. C. Gothe in, Professor an der Universität Heidelberg.
 Jeden Donnerstag, abends 7½ Uhr. Beginn: 29. April.
 3. A. Erzeugung u. wirtschaftliche Bedeutung von Materialien der chemischen u. metallurgischen Industrie.
 Dozent: Herr Professor Dr. Kästner an der Technischen Hochschule Karlsruhe.
 Jeden Dienstag, abds. 8 Uhr. Beginn: 27. April.
 B. Die Nahrungsmittelindustrie.
 Dozent: Herr Regierungsrat Prof. G. R. v. v. von der Technischen Hochschule Karlsruhe.
 Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr. Beginn: 28. April.
 4. Englische Geschäftskunde.
 Dozent: Herr Geheimrat Dr. S. Kühner, ehemal. Direktor des Handelsministeriums Karlsruhe.
 Jeden Freitag, abds. 8 Uhr. Beginn: 30. April.

Die Besuchsgebühren betragen für das Sommer-Semester:
 für Besuchsgebühren, Direktion, Prüfungsstellen, sowie für Nichtanwesende:
 1) für sämtliche Kurse Mk. 15.—
 2) für 1 Semesterkurs „ 5.—
 3) für 2 Semesterkurse „ 10.—
 Anmeldungen gegen Vorbehandlung der Besuchsgebühren werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen:
 A. Diefeld's Buchhandlung.
 C. Kuntz.
 E. Rind's Buchhandlung.
 Weißhofs-Buchhandlung Ernst Ueberath.
 Karlsruhe, April 1920.
 Das Kuratorium.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe

vormals Haid & Neu, Karlsruhe.

Bezugsangebot v. Mt. 2000000 neuen Aktien.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 20. März 1920, hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um Mk. 2000000 durch Ausgabe von 2000 Stück neuen der bisherigen Aktien gleichgestellten und für das Geschäftsjahr 1919/20 voll dividendenberechtigten Aktien zum Nennwert von je Mk. 1000 zu erhöhen.
 Die neuen Aktien sind von dem Bankhaus Straus & Co. in Karlsruhe mit der Verpflichtung übernommen worden, sie den Besitzern der alten Aktien zum Bezug zum Kurse von 110%, in der Weise anzubieten, daß auf jede alte Aktie eine neue Aktie bezogen werden kann.

Nachdem der Beschluß d. Generalversammlung vom 20. März 1920, sowie die erfolgte Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen sind, laden wir unsere Aktionäre hiermit ein, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

- Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Ausschusses in der Zeit vom 26. April bis einschließlich 11. Mai 1920, bei dem Bankhaus Straus & Co. in Karlsruhe, während der bei diesem üblichen Geschäftsstunden auszuüben.
- Bei der Anmeldung sind die alten Aktien auf welche das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Dividendenhefte in Begleitung von zwei gleichlautenden, mit arithmetisch geordnetem Nummernverzeichnis versehenen Anmeldebüchern einzureichen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausübt ist, werden abgetempelt und zurückgegeben.
- Bei Ausübung des Bezugsrechtes sind für jede neue Aktie Mk. 1100 und der Schlusnotenimpel bar zu vergüten.
- Ueber die geleistete Zahlung wird eine Bescheinigung ausgestellt sowie ein Guthaben über die neuen Aktien, gegen dessen Rückgabe die Lieferung der neuen Aktien nach Erheben erfolgt.

Karlsruhe, den 20. April 1920.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe

vormals Haid & Neu.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben der Stefan Braun i. Witwe in Durlach wird das unterzeichnete Notariat auf dem Rathaus in Durlach am **Wittwoch, 28. April 1920, nachmittags 2 Uhr,** die nachbefolgenden Grundstücke:

Nr.	Gemarkung	Lagerbuchnummer	Gewann	Art	Größe a qm	Wert
1	Durlach	526	Mittelfeld	Acker	10 70	2 000
2	"	731	Kleinerefelder	"	14 02	2 500
3	"	1252b	Mittelfeld	"	10 11	1 500
4	"	1061	Unterweingartenf.	"	9 42	2 200
5	"	767	Oberweingartenf.	"	16 42	3 800
6	Ettlingen	5794b	Sobemieten	Befeh.	10 87	540
7	"	5919	"	"	11 92	600

Das Notariat gibt über die Bedingungen Auskunft. Karlsruhe, den 19. April 1920.
 Notar Dr. H. B. v. D. v. D.

Deffentliche Versteigerung.

Donnerstag, den 22. April d. J., nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe in der Bielenstraße gemäß § 373 G. B. B. gegen bare Bezahlung öffentlich veräußern:
1 Wagen Kapsstroh 3800 kg haltend
 gute, gesunde und trockene Ware.
 Versteigerung bestimmt.
 Karlsruhe, den 20. April 1920.
 Sattler, Gerichtsvollzieher.

Stenographie

Zu den Abendkursen in
Stenographie
 A) Montag u. Donnerstag
 B) Dienstag u. Freitag
 C) Mittwoch u. Samstag
 können, da der regelmäßige Unterricht erst nach Eintritt d. best. Lehrbücher beginnt. Anmeldungen noch jeweils abends 7 Uhr in der Obercollschule, Zimmer 24, 2. Stock, erfolgen. Zu dem Diktierstunden für Stenographen all. System (abends 7, 9—10 Uhr) ist Eintritt jederz. gestattet.
Otto Autenrieth,
 Durlach i. B., Privatlehrer und Schriftsteller, staatlich geprüfter Lehrer der Stenographie.

Tausche

5 Zimmer-Wohnung im Berliner Süd-Westen, ganz modern, freie Südlage, Aufzug, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, 4 Treppen, geschmackvolle Innenausstattung, gegen 6—8 Zimmerwohnung im Karlsruher Westviertel, sonnige Lage, ruhig, bald oder später. Angebote unter Nr. 8411 ins Tagblattbüro erb.

Wohnung

Sehr schöne 3 Zimmer-Wohnung in Durlach gegen gleichwertige in Karlsruhe an tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 81 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 105 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 144 ins Tagblattbüro erb.

Wohnung

Sehr schöne 3 Zimmer-Wohnung in Durlach gegen gleichwertige in Karlsruhe an tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 81 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 105 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 144 ins Tagblattbüro erb.

Wohnung

Sehr schöne 3 Zimmer-Wohnung in Durlach gegen gleichwertige in Karlsruhe an tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 81 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 105 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 144 ins Tagblattbüro erb.

Wohnung

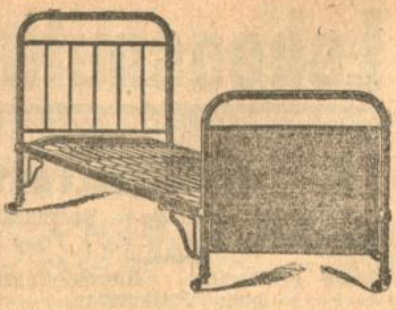
Sehr schöne 3 Zimmer-Wohnung in Durlach gegen gleichwertige in Karlsruhe an tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 81 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 105 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 144 ins Tagblattbüro erb.

Wohnung

Sehr schöne 3 Zimmer-Wohnung in Durlach gegen gleichwertige in Karlsruhe an tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 81 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 105 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 144 ins Tagblattbüro erb.

Wohnung

Sehr schöne 3 Zimmer-Wohnung in Durlach gegen gleichwertige in Karlsruhe an tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 81 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 105 ins Tagblattbüro erb.
Wohn- und Schlafz.
 auf sofort oder 1. Mai gesucht. Angebote unter Nr. 144 ins Tagblattbüro erb.



Bettstellen Matratzen

mit Seegras-, Woll- u. Rosshaar-Füllung
in bester Verarbeitung
Leinen und Halbleinen
Bettdamast, Bettkattun
Bettbarehent, Matratzendrell
Bettwäsche, Bettfedern.

W. Boländer

Kaiserstrasse 121

Baubund-Möbel

Kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichterte Zahlungsbedingung
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H.

Karlsruhe
Karl-Friedrichstraße 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Fernsprecher 5157.
Täglich geöffnet von vorm. 8—12, nachmittags
von 2—6 Uhr.

Aperte
Neinheit!



Batik!

Neueste Mode.

Seide, Schirting
Keffel, Baum-
wolle, Leinen,
Atlas, Satin,
Blusen, Fenster-
vorhänge, Tischdecken und
Lampenschirme, Seidstoffe,
Krawatten, Teppiche, Mäntel,
Sattbänder, Lautenbänder,
Sandtäschchen, Kleider, sowie ganze Zimmerdekor-
ationen zc. aus mitgebrachten Stoffen werden mit den
verschiedenartigsten Farben unter billiger Berechnung
kunstgewerblich

gebackt und bemalt.

Blach- und Reliefformerei.

Lieferzeit 5—8 Tage.

Münchener Werkkunst Karlsruhe

Adlerstraße 4

Badisches Landestheater

Donnerstag, den 22. April 1920.

V. Sinfonie-Konzert

des Opornorchesters des Bad. Landestheaters.
Solisten: Hedy Iracema-Brügelmann, Paul Traut-
vetter. Dirigent: Fritz Cortolozis.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr. 7.80

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 22. April 1920.

Maria Stuart

Trauerspiel in fünf Akten von Schiller.
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. 7.70

Rheinische

frisch eingetroffen bei

Herm. Munding

Kaiserstraße 110.

Zigarren u. Zigaretten

la Qualität

in reichhaltiger Auswahl eingetroffen.

S. Eggenberger

Durlach, Auerstraße 50.

Toilettenseife

in größeren Paketen sofort abzugeben. Musterstück
per Nachnahme à Mk. 4.50. M. Barber, Augsburg,
Sebastianstraße 1.

Tanz-Abend

Hannelore Ziegler

26. April, abends 8 Uhr

Fr. Doert, Musikalienhandlung.

Herrenstoffe

englische und deutsche Fabrikate
in großer Auswahl vorrätig
und empfehlen solche sehr preiswert

Gebrüder Strauß

Steinstraße 23 I.

Druckarbeiten

jeder Art steuert in
tadelloser Ausführung
C. F. Müllersche Hofbuch-
handlung m. b. H.

Bitte bringen Sie
Ihre
alten
Sommerhüte
& Uniformen nach
Köln, vernichten
Modell. Beste Aus-
führung (wie neu).
Latzmann
Kaiserstraße 235 III.

Elektr. Koch-Apparate
Gaskocher
Gasback- und Bratöfen
Emil Schmidt & Kons.
Kaiserstraße 209.

Mahlen

Wir übernehmen das
jeglichen Mahlgutes wie Mais,
Hülsenfrüchte — Dörfgemüse,
Gewürze
sowie das Schrotten von Kater
in kleinen und größten Mengen.

Otto Krumm, A.-G.

Nahrungsmittelfabriken
Stöberstraße 19 Teleph. 774.

Holz

badisches (auf Holzarten)
u. außerbadisches hat ab-
zugeben a. d. festgesetzten
Höchstpreisen ab Lager u.
zugeführt Karl Ufer,
Holz- und Kohlenhandlung,
Gottesackerstraße 31. Telephon 212.
Lagerplatz Ede Wiesen- und Wolfartsweierstr.
Verkaufszeit: 9—11 und 2—5 Uhr.

Bügeleisen Wasserkocher Heizplatten.

Grund- & Dehmichen,
Rathstraße 26.
Zugbodenlade
Bodenwische
Bodenl. — Stahl-
wäne-Bohleisen
Stofffarben
Maler-Affenlöcher
vorteilhaft im
Gardenaeschäft
Waldstraße 15
beim Colosseum.

Aur Neigungsehe!
Staatsbeamter (Jurist)
39 Jahre, vermögend, gr.
Erlöse, wünscht Be-
kantschaft m. geb. Dame
aus gutem Hause,
auch unvermögende Da-
men bitte zu schr. unter
H. G. 300 a ins Tag-
blattbüro.

Gebildetes Fräulein,
ca. 30 Jahre, reines Bri-
tisch, mit beh. Herrn
von gutem Charakter u.
tadellosem Ans., dem an-
näher Bekantschaft et-
was gelegen ist. Zur
erstem. genaue An-
gaben, viel. mit Bild.
unt. Nr. 169 ins Tag-
blattbüro erbeten. Ver-
schwiegen. Ehrenname.

den, daß die Tiere mit dem Bauch an scharfe
Ecken anstoßen. Bei hochtragenden Tieren
entstehen Brüche vielfach dadurch, daß jene
ungehindert zu Boden fallen, daß ferner bei
Zwillingsträchtigkeit der Hinterleib zu sehr
gespannt ist. In leichteren Fällen beobach-
tet man in der Gegend der Flanke eine
faul- bis kindertopfartige weiche Anschwel-
lung, die häufig vorübergehend dadurch be-
seitigt werden kann, daß man mit der
flachen Hand gegen die erwähnte Geschwulst
drückt. Nicht selten erreichen diese Brüche
eine enorme Ausdehnung, bei erheblichen
Flankenbrüchen kann auch der Mast oder
der trüchtige Fruchthalter herabhängen. So-
fern es sich um einen Bruch handelt, der sich
in der Mittellinie des Körpers befindet, ist
meistens das Aufhängende des Enters
zerissen; nicht selten hängt es dann derart
fest, daß die Zigen den Boden berühren.
Kleinere Brüche, die im Umfang nicht mehr
als die Dicke eines mäßigen Kindertopfes
erreichen, sind in der Regel ohne nachteiligen
Einfluß auf die Gesundheit der Tiere.
Wenn sich die Brüche auf der linken Körper-
seite befinden, kommen nur selten Ein-
klemmungen vor. Auch sind nur unerheb-
liche Nachteile bemerkbar, wenn ein kleiner
Teil des Baues durch die Bruchspalte
hindurch tritt. Dahingegen gestalten sich
die Verhältnisse erheblich ungünstiger, wenn
sich ein Bruch rechtsseitig befindet und die
Darmschleife teilweise in den Bruchfad
fällt. Von großer Gefahr sind immer die
Brüche größeren Umfangs, da jederzeit
eine Vergrößerung dadurch eintreten kann,
daß die Bruchspalte durch Weiterreißen
sich ausdehnt. In solchen Fällen ist es
keine Seltenheit, daß größere Blutgefäße
zerissen werden, wodurch mehr oder
weniger umfangreiche Blutungen veranlaßt
werden können, die die Tiere entkräften
und schließlich den Tod herbeiführen.
Selbstverständlich wird der vorsichtige Tier-
halter sofort den Tierarzt zu Rate ziehen.
Die Hanfens- oder Kaiserente gehört un-
streitig zu den schönsten Entenarten, wenn
man von den ausgesprochenen Zierenten,
wie Mandarinente, Brantente und ähn-
lichen abseht. Sie ist keine neue Rasse.
Schon vor 200 Jahren wurden Enten mit
einem Schopf gezüchtet. Es handelt sich bei
der Kaiserente um eine Abart der gewöhn-
lichen Kanente. Ihr richtiger Typ ist da-
her auch die Vandenteform, nur verlangt
man sie im allgemeinen etwas schwerer als
diese. In wirtschaftlicher Hinsicht kann die
Zucht dieser Entenart nur empfohlen wer-
den. Sie ist sehr genügsam, die jungen
Tiere sind äußerst widerhart und wider-
standsfähig. Ihre Aufzucht ist darum ohne
besondere Mühe und Umständlichkeit und
ohne wesentliche Verluste leicht zu bewerk-

stelligen. Am besten gedeihen sie bei freiem
Auslauf, der ihnen einen Teich oder ein
kleines, stehendes Gewässer bietet. Dann
braucht eine Zufütterung eigentlich nur des
Abends zu geschehen, um die Tiere an den
Stall zu gewöhnen. Ihre Vegetativität ist
recht gut. Sie beginnt damit schon im zeit-
igen Frühjahr. Als Bruterin ist sie recht
zuverlässig, was ja nicht gerade von allen
Rassen behauptet werden kann und führt
ihre Jungen sorgsam. Ihr Fleisch ist zart
und fein; sie nimmt es darin mit mancher
der sogenannten Mastkräften auf. Ihr Gewicht
schwankt zwischen 2 1/2—3 Kilogramm.

Milchwirtschaft.

Milchpulver. Da der Milchtrag infolge
des ungenügenden Kraftwertes noch im-
mer viel zu wünschen übrig läßt, so sucht
man den Landwirten vielfach Milchpulver
anzuhängen. Vor dieser Pulvern ist zu
warnen. Sie sind meist wertlos, und nie-
mals steht ihr Preis in richtigem Verhält-
nis zu ihrem Kaufwert oder gar zu ihrer
Wirkung. Gewöhnl. enthalten sie Reizmittel,
wie Amis, Fenchel, Bockshornkleie und derg-
leichen. Aber damit ist den Tieren nicht
gedient. Es fehlt ihnen nicht im minde-
sten an Appetit, sondern an gutem Futter.
Ein Pfund Hafer oder eine Gabe Kleie
wirken da viel besser und kosten im Ver-
hältnis nicht mehr. Allerdings werden
heute im freien Handel Haferpreise von
180—200 Mark für den Zentner bezahlt,
und da kann nicht viel gefüttert werden.

Die deutsche Milchwirtschaft hat durch die
Abgabe der Milchfabrik an die Allierten
einen schweren Schlag erlitten, der beson-
ders die Milchverarbeitung der Industriege-
genden trifft. Hier hat man dazu über-
gehen müssen, den Kranken die Milch zu
entziehen, damit wenigstens die Säuglinge
erhalten werden können. Dabei werden
die Kühe so schlecht bezahlt, daß die Bauern
1000—2500 Mark zuziehen müssen, wenn sie
eine frischmelkende Kuh kaufen wollen.

Hundezucht.

Ein Wach- oder Polizeihund kann noch so
gut sein, wenn er von Fremden Futter an-
nimmt, ist er nicht viel wert, denn er kann
leicht vergiftet werden. Ein Hund aber,
der wirklich fest Futter verweigern soll,
muß erstens ständig von einer Hand, und
zwar am besten von der Hand des Herrn,
und zweitens gut gefüttert werden. Nimmt
der Hund vom ganzen Gefinde Futter, so
muß er schon sehr fest sein, wenn er es
Fremden verweigert. Dann aber muß ein
solcher Hund auch gut gefüttert werden,
denn ein hungriger Hund tut leicht, was
ein fatter niemals tun würde.

Verantwortlich: Heinrich Gerhardt, Karlsruhe.

Die Scholle

Ratgeber für Haus, Landwirtschaft und Kleingärtnerei

Wochenbeilage zum Karlsruher Tagblatt

Nr. 16. Donnerstag, den 22. April 1920. 2. Jahrg.

Betrachtungen über die Leistungsfähigkeit von Groß- und Kleinbetrieb.

Von Saatzuchtinspekt. Meisner-Karlsruhe.

Es war während des Krieges und ganz
besonders in den letzten Jahren war es eine
allseits viel umstrittene Frage, wer von den
landwirtschaftlichen Betrieben für die all-
gemeine Volksernährung mehr leisten
würde; ganz besonders bei dem Aufkom-
men des Sozialisierungsgedankens der
größeren landwirtschaftlichen Betriebe
spielte die Leistungsfähigkeit eine unend-
lich große — und ich möchte fast sagen —
ausschlaggebende Rolle. Es stand zur da-
maligen Zeit, als diese Fragen in der brei-
ten Öffentlichkeit erörtert wurden, noch
nicht das hierfür nötige Material ausrei-
chend zur Verfügung, sondern es waren
nur Bruchstücke vorhanden, an Hand derer
man sich wohl einen ungefähren Überblick
verschaffen konnte, aber keine abschließen-
den Urteile gemann. Die Durchführung
der Kriegswirtschaft, verbunden mit der
Zwangswirtschaft für fast alle landwirt-
schaftlichen Produkte, hat nun die nötige
Grundlage geschaffen, da aber dieses Ma-
terial äußerst umfangreich und zum Teil
auch recht schwer erhältlich ist, hat eine Ver-
arbeitung zur Lösung der obigen Frage
nur ganz vereinzelt stattgefunden.
Ausschlaggebend für eine Klärung ist in
erster Linie die Frage, welche Betriebs-
größe auf der Flächeneinheit die größte
Menge an Nahrungsmitteln erzeugt und
zweitens, welche Betriebe von der Flächenei-
nheit der Volksernährung die größten
Mengen zuführen. Beide Punkte werden
sich wohl kaum decken und werden sich auch
wohl kaum in Einklang bringen lassen, da
die Zahl der in den betreffenden Betrieben
tätigen Personen mit in Rechnung ge-
stellt werden muß. Es ist ganz klar, daß
ein Großbetrieb mit 100 Hektar für die
Bepflanzung seiner Leute, seien es nun Bes-
tzer, Arbeiter usw., im Verhältnis zu den
erzeugten Nahrungsmitteln weniger von
diesen in Anspruch nimmt, als ein Klein-

betrieb von 5 Hektar, der seinen Besitzer
und seine Angehörigen ernähren muß. Im
ersten Falle wird die Ablieferungsmöglich-
keit, prozentual gerechnet, bedeutend größer
sein als im letzteren Falle. Aber auch die
tatsächlich erzeugte Menge an Nahrungs-
mitteln wird weit größer sein, als jene im
Kleinbetrieb, weil eben doch erwiefer-
maßen im Großbetrieb eine viel neuzeit-
lichere und bessere Ackerwirtschaft getrie-
ben wird und auch getrieben werden kann,
als dies beim Kleinbetrieb vielfach der Fall
ist.
Geh. Rat Professor Dr. Hansen hat für
6 völkerechte Kreise das umfangreiche
Material, das die gestellte Frage beantwor-
ten soll, in mühsamer Arbeit zusammenge-
tragen. Die zur Untersuchung herange-
zogenen Kreise sind so gewählt, daß sie ein
möglichst gutes Bild der verschiedenartigen
Betriebsverhältnisse darstellen, vor allen
Dingen in bezug auf Bodenbeschaffenheit,
Anbau, Viehverhältnisse und auch vor
allem auf Abführung der Erzeugnisse.
Aus dieser äußerst schweren Zusammen-
stellung geht zunächst hervor:
Setzt man die Ablieferungsmenge der
Kleinbetriebe an pflanzlichen Er-
zeugnissen von 1 Hektar Ackerland
bezw. landwirtschaftlich genutzter Fläche =
100, so stellt sich die Ablieferungsmenge
der Großbetriebe für Weizen auf 170,
Getreide im ganzen auf 201, Hülsenfrüchte
auf 231, Speisekartoffeln auf 163, Heu auf
36, Stroh auf 230. Die an und für sich sehr
niedere Verhältniszahl für Heu ist dadurch
zu erklären, daß in den dortigen Kreisen
in Hinsicht der Heuerzeugung besondere
Verhältnisse bestehen, die für uns in Baden
ebenfalls in Betracht kommen. Wenn man
nun die vorgenannten Erzeugnisse — Heu
und Stroh ausgeschlossen — da sie für die
menschliche Ernährung nicht direkt in Frage
kommen, auf Stärkewerte (Märkewerte) um-
rechnet, so haben die Kleinbetriebe je
Hektar Ackerfläche 100,9 Kilogramm, die
Großbetriebe 411,2 Kilogramm zur
Ablieferung gebracht oder in einer Ver-
hältniszahl ausgedrückt 100 : 209 d. h. 109

Streng
reell.

Statt besonderer Anzeige.

Den
Verlobten
empfehlen sich

HOLZ-GUTMANN
Möbelgeschäft
Kaiserstraße 109 Telefon 401
Besuchszeit täglich 8-6.

Friedrichsbad
Kaiserstraße 136

von heute ab
vormittags wieder geöffnet.

Badezeiten für die Wannen- u. Kurbäder:
von 9-1 Uhr und 1/3-1/8 Uhr,
für die Schwimmhalle für Herren:
von 9-10 Uhr, von 11-1 Uhr und
von 4-1/8 Uhr,
für Damen: von 10-11 Uhr und von
1/3-4 Uhr.

**Das Süddeutsche
Reinigungs-Institut**
(Leistungsfähigste Geschäft am Platz)
Telephon 2077 Kaiserstraße 34 a
übernimmt alle Reinigungsarbeiten:

**Glas, Parkettböden,
ganze Wohnungen und Häuser,
Neubauten, Fabriken usw.**
unter Garantie für tadellose Ausführung.
Beste Referenzen.

Die bevorstehende Veranlagung für das
Reichsnotopfer
erfordert vor allem eine einwandfreie Bilanz auf
Grund ordnungsmäßig geführter Bücher.
Benötigen Sie dieses Rat, dann wenden Sie
sich umgehend an die

Badische Treuhand-Gesellschaft
m. b. S.
Kernstr. 1526. Karlsruhe. Erbprinzenstr. 31

„Zum Ketterer“
am Bahnhofplatz Karlsruhe.
Ausschank der Brauerei Ketterer Pforzheim.

Eröffnung: Donnerstag, 22. April

Alle von nah und fern seid gastfreund-
lichst willkommen in den prächtigen
Räumen der neueröffneten Schankstätte!

Der Erbauer hat es nicht fehlen lassen, gleich seinen Pforzheimer Ausschänken
hier ein Lokal zu schaffen, das Gästen jeden Standes eine behagliche, gemütliche
Einkehr bietet. Mit der charakteristischen Innenarchitektur eines Brauereiaus-
schankes vereint sich harmonisch der in echt volkstümlicher Kunst ausgestattete
Beleuchtungs-, Pfeiler- und Wandschmuck. Das, was wir in diesen ersten,
schweren Zeiten brauchen: eine gediegene, von echt deutschem Geist durch-
drungene Stätte der Erholung und Erfrischung dürfte hier wohl in einzig da-
stehender Art zu finden sein. Auch die technische Einrichtung des Wirtschafts-
betriebes ist bis ins Kleinste eine Musteranlage, die Interessenten bereitwilligst
zugänglich gemacht wird. Die Wirtsleute haben durch ihre jahrelange Tätig-
keit in „Ketterers Braustübli“ Pforzheim allseits Beliebtheit und Anerkennung
erworben und hoffen mit Zuversicht auch in diesem neuen Unternehmen durch
Darbietung von gut zubereiteten, preiswerten Speisen, gut gepflegten Weinen und
Ausschank des bekannt vorzüglichen „Ketterer-Biers“ das Vertrauen der ver-
ehrlichen Gäste zu erwerben. — Es empfehlen sich bestens

Der Besitzer: **Wilhelm Ketterer.**
Der Wirt: **August Kurz.**

Grünwässer
Dornhaut, Nissen und Warzen
beheilt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol In vielen tausend Fällen glänzend
denkbar. Kukirol ist in Apotheken
und Drogerien zum Preise von Mk. 2.— erhältlich.
Wissen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt
nichts Besseres. Engros-Lager: Leopold Böbig.

Sie durch die ergeb. Mitteilung, daß wir uns in
Stuttgart, Friedrichstraße 7, 1, für dauernd
niedergelassen haben, um

künstliche Augen
nach der Natur herzustellen und einzupassen.
Krankheitsfälle wollen beherrschte Behand-
lung mitbringen. — Sprechzeit 8-4 Uhr.
Gebrüder Müller.

Lebensmittel

Räucherwaren
Echte Kieler Bücklinge — Lachsheringe
Makrelen-Bücklinge . . . Pfund 5.00

Große Salzheringe, Riesenfettheringe
kleine Fettheringe
Rollmops — Bismarckheringe — Sardinen
Hering in Gelee — Aal in Gelee
Salzgurken — Essiggurken — Cornichons
Mixed Pickles — Rote Rüben
Ochsenmaulsalat — Corned Beef
Deikatess-Sauerkraut garniert
Sardellenleberwurst („Kamin“)
Tilsiter Käse — Handkäse
Weiße Bohnen mit Würstchen — Huhn
mit Reis
Apfelsmus — Heidelbeer und Dreifrucht-
Marmelade
Birken und Sauerkirschen
alles Zucker gesüßt
Anchovis — Sardellen- und Heringspaste
Haferflocken — Haferkekao
Linsen — Bohnen — Erbsen
Kaffee — Tee — Kakao
Puddingpulver — Backpulver
Milchsüßspeise — Schokoladentunke
Reismehl — Maispulver
Schokolade — Biskuits — Pralinen
Echtes Kirschwasser — Cognac, Weinbrand
Liköre — Südwine — Obstschamwein

**Her-
mann TIETZ**

Tomaten-Selekt
Beste Sorten, 2 mal bereitet in Papptöpfe
ferner verschiedene Sorten

Gemüse-Selekt
werden, soweit Vorrat reicht, abgegeben.

Kiempische Gemüsegartnerei
Rathheimerstraße 30.

Prozent, also glatt das Doppelte mehr als
die Kleinbetriebe. Bei der starken Bewor-
zung und vor allen Dingen Notwendig-
keit der pflanzlichen Kost, zu der wir, so-
lange die Zwangswirtschaft gedauert hat,
gezwungen waren und auch wohl noch län-
gere Zeit gezwungen sein werden, fällt diese
Zusatz ganz besonders schwer ins Gewicht.
Bezüglich tierischer Erzeugnisse lieferten
die Großbetriebe an Vieh vom Hektar land-
wirtschaftlich genutzter Fläche nur 87
Prozent der Ablieferung der Kleinbetriebe;
dagegen aber wiederum 214 Prozent bei
Butter und Fett.

Bei der Eierablieferung hat der Klein-
betrieb gegenüber dem Großbetrieb fast
das Fünffache geleistet, was an und
für sich auch sehr leicht zu erklären ist, da
jeder Kleinbetrieber eine gewisse Anzahl
Hühner hält und so summarisch eine be-
deutend höhere Zahl Eierleger festhalten
kann, als dies beim Großgrundbesitz der Fall
ist. Großbetriebe von 300 Hektar aufwärts
lieferen nachgewiesenermaßen die größten
Mengen Getreide ab, während der Klein-
betrieb hier sehr weit zurückbleibt.

Für die Kartoffelablieferung
steht an der Spitze die Betriebe von über
500 Hektar mit rund 1000 Kilogramm Spei-
sekartoffeln gegenüber einer Ablieferung
603,9 Kilogramm beim Kleinbetrieb im
Durchschnitt gerechnet.

Um nun noch zu der Feststellung der Ge-
samtleistung zu kommen, muß natürlicher
Weise auch der Selbstverbrauch in den
Wirtschaften festgestellt werden. Die Zahl
der Selbstverfolger ist natürlich in den
verschiedenen Betriebsklassen nicht gleich.
Nach den Untersuchungen von Geh. Rat
Hansen haben je Hektar landwirtschaftlicher
Fläche die Betriebe unter 100 Hektar 0,42,
die über 100 Hektar 0,35 Selbstverfolger.
Die Zahl der Selbstverfolger ist also im
Kleinbetrieb um 1/4 größer als im Groß-
betrieb. Unter Zugrundelegung der ge-
wöhnlich zugeordneten Selbstverfolgerration
stellt sich das Verhältnis von Ablieferung
und Selbstverbrauch beim Klein- und Groß-
betrieb wie 100 : 168 bei pflanzlichen Er-
zeugnissen, bei Butter (Fett) 100 : 115. Hier
ist am deutlichsten die Überlegenheit des
Großbetriebes in der Hervorbringung von
pflanzlichen Erzeugnissen zu beachten. Bei
Butter ist natürlich die Spannung erheb-
lich kleiner und wenn man noch bedenkt,
daß der Gleichhandel gerade beim Klein-
betrieb mehr vorzufinden ist, als im großen,
so kann man sehr wahrscheinlich von einer
Überlegenheit des Kleinbetriebes sprechen.
Zum Schluß seiner Ergebnisse gibt Geh. Rat
Hansen folgenden Ueberblick:
„Es bleibt dabei, daß an pflanzlichen Er-
zeugnissen die Großbetriebe nicht nur in

der Ablieferung, sondern auch in der
Hervorbringung erheblich überlegen
sind, während bei Fleisch und Eiern eben-
so unbestritten die Kleinbetriebe die Groß-
betriebe übertreffen, und bei Milch das Er-
gebnis für den Durchschnitt zwar zweifel-
haft erscheint für die kleinsten Betriebs-
gruppen stets zugunsten der Kleinbetriebe
ausfällt.“

Sehr interessant sind die Untersuchungen
über die Leistung besonders gut ge-
leiteter Betriebe, aus denen Han-
sen die Folgerung zieht, daß unsere
durchschnittliche Leistung einer
ganz erheblichen Steigerung
fähig ist. Diese Leistungssteige-
rung ist für den Kleinbetrieb ge-
nau so möglich, wie für den Groß-
betrieb. Sie wird zweifelsohne am besten da-
durch gefördert, daß dem landwirtschaft-
lichen Unterrichtswesen und vor allen Dingen
dem Vereinswesen eine weitaus höhere
Bedeutung geschenkt werden muß, damit
auch die Söhne der kleinsten Landwirte die
Neuerungen auf dem Gebiete der Land-
wirtschaft kennen und erfahren lernen. Ein
günstiges Verhältnis zwischen
Groß- und Kleinbetrieb ist für die
Gesamtheit von unendlicher Wä-
chtigkeit, und es wäre ein Verbrechen am
Volke, wenn man die Großbetriebe zu-
gunsten der Kleinbetriebe d. h. zur Neuan-
lage von Kleinbetrieben aufzuteilen wollte.
Denn die durch ein richtiges Verhältnis ge-
gebene Arbeitsteilung ist für die Erzeu-
gung der für die Volksernährung nötigen
Nahrungsmittel von allergrößter Wichtig-
keit!

Bei uns in Baden dürften die von Pro-
fessor Hansen besprochenen Verhältnisse fast
in gleichem Maße Geltung haben. Das
Verhältnis von Groß- und Kleingrundbesitz
muß bei uns als durchaus günstig be-
zeichnet werden, und es wird nur in weni-
gen Landesteilen ein dringendes Bedürf-
nis sein zugunsten der Stärkung des Klein-
grundbesitzes von den bestehenden größeren
Gütern geringe Teile abtrennen zu müssen.
Aber wenn es irgendwie möglich sein sollte,
so soll auch dieser Weg nicht beschritten wer-
den, sondern lieber durch Umhängen von
Wald das für den Kleinbesitz vor allen
Dingen zu seiner Stärkung notwendige
Gelände geschaffen werden. Bei unserem
großen Waldbestand würde es weder der
Staat noch sonst jemandem schwer treffen,
wenn ein bescheidener Prozentsatz Wald
umgelegt werden und daraus fruchtbarer
Ackerboden gewonnen würde. Es gibt hier
zweifelsohne Waldboden, der für den Acker-
bau in hervorragendem Maße geeignet ist.
Sehr viel Land könnte auch noch dadurch
gewonnen werden, daß auf dem Wege der

Zusammenlegung der überaus starken Par-
zellenwirtschaft mehr Land gewonnen wird.
Man stelle sich nur mal vor, daß dem Land-
wirt, der etwa 15-20 Parzellen zu bebauen
hat — der Trennungstreifen vom Nachbar
ist durchschnittl. 40-60 Zentimeter groß —
eine nicht geringe Fläche der ackerbaulichen
Nutzung vollkommen verloren geht. Wenn
nun durch eine sinngemäße Feldbereinigung
und Zusammenlegung diese ungezählten
Trennungstreifen weg fielen, wieviel Land
könnte dadurch gewonnen werden! Und
wie einfach wäre dann für die einzelnen
Landwirte die Beseitigung ihrer Acker, wie-
viel Arbeitszeit könnte durch das Hin- und
Herkommen nach den zerstreut gelegenen
Parzellen gespart werden. Wo die Boden-
verhältnisse Schwierigkeiten machen sollten,
würde sich wohl auch ein Ausweg finden
lassen, wenn nur der gute Wille dazu vor-
handen wäre. Hier müßte auch einmal der
Hebel eingeleitet werden, um im eigenen
Interesse der Landwirte selbst eine Besser-
zung zu schaffen.

Feldwirtschaftlicher Erdbeeranbau.
Von Emil Dienapp, Hamburg.
(Nachdruck verboten.)

Von allen feldwirtschaftlichen Beeren-
obstfrüchten ist die der Erdbeeren betriebs-
wirtschaftlich wohl die einfachste und auch
gesamtwirtschaftlich am lohnendsten, da sie
einerseits als Neben- und Zwischenkultur
betrieben und andererseits sofortige und
sichere Erträge liefert. Die Pflanzung kann
sowohl in beemähtigen Ueberreiferungen als
auch in reihengliederiger Zwischenpflanzung
vorgenommen werden. In dieser Pflanz-
ungsform ist die Erdbeerenzucht die ein-
zige Beerenfruchtkultur, die den Raum
gründlich nutzt und schnell hohe und sichere
Erträge liefert. Nur unter schattigen
Baumbeständen ist eine rationelle Betriebs-
wirtschaft dieser volksbeliebtesten aller Ge-
nussfrüchte ausgeschlossen, da hier die
Früchte wegen Licht- und Sonnenmangels
sich nicht normal entwickeln können, d. h.
klein bleiben und in Farbe und Geschmack
viel zu wünschen übrig lassen.

Wie aber der rationelle Kernobstbau schon
seit Jahren zu der Praxis übergegangen
ist, von den vielen empfohlenen Sorten nur
wenige und solche zu wählen, die für be-
stimmte örtliche Verhältnisse geeignet und
erprobt sind und auf dem Markte willig ab-
genommen werden, so hängt auch die Ren-
tabilität der Erdbeerenzucht wesentlich
von der Marktwertigkeit der Sorten
ab. Diese sind immer nach einer leibhaft
gefärbten und möglichst großgeformten
Fruchtbildung, nach der Güte des Ge-
schmacks, früher und später Reifebauer und

der größeren Transportfähigkeit und Halt-
barkeit entschieden werden. Für den Groß-
anbau ist es deshalb unerlässlich, diesem
Konsum- und Marktbedürfnisse nach Mög-
lichkeit Rechnung zu tragen, und wird es
für ihn nach alter Erfahrung an wirt-
schaftlichste sein, zeitlich immer nur eine,
höchstens zwei Sorten pflanzlich zu haben,
dafür aber den Reifezeitpunkt anschließender
Sorten mit größter Gewissenhaftigkeit
zu wählen, um stets pflanzbare Sorten zur
Verfügung zu haben. Im allgemeinen
sind es immer noch die älteren Sorten, die
für die Großkultur bevorzugt werden, da
sie weder in der Farbe und Größe der
Fruchtbildung, noch in der Fruchtbarkeit
und der pflanzlichen Widerstandsfähigkeit
von den nachgezüchteten Sorten übertroffen
worden sind.

Als dankbarste und anbauwürdigste Sorte
gilt allgemein Rayonne Noble. Ihr eben-
bürtig ist Deutsch Evern, die bei gleichen
Kultur- und Pflegeverhältnissen aber um
wenige Tage früher reift und dadurch unter
Umständen einen höheren gelblichen Ge-
winn erzielt. Während die Früchte bei Ray-
ons Noble von großer und runder Gestalt
sind, sind die bei Deutsch Evern herzförmig
und nur mittelgroß, im übrigen aber an
Aroma und Geschmack beide gleichwertig.
In der Reifezeit folgen dann Kaisers Säm-
ling und Hohenzollern, die sich beide durch
außerordentlich hohe Erträge und durch
eine vorzügliche Fruchtqualität auszeichnen.
Kaisers Sämbling ist eine große scharlach-
rote und im Fleisch schmelzige Frucht, die
sich wegen ihres lebhaften Aussehens be-
sonders als Schauffrucht eignet. Die Früchte
der Hohenzollern sind karminrot, fest und
saftig und ananasähnlichem Geschmack.
Sie werden von starken Stielen getragen
und halten sich trotz ihrer Schwere treff
aufrecht, so daß die Früchte bei einem
Nagregen nicht so leicht verschmutzt werden.
Wichtig ist die Auswahl zwischen der großen
Anzahl der normalreiferen Sorten.
Unter diesen ist die alte König Albert von
Sachsen immer noch die bewährteste An-
baufrucht. Sie ist zumeist regelmäßig hoch
gerundet, seltener von ovaler Form.
Das Aussehen ist bei guter Reife glänzend
lachs-orangerot, wodurch sie dem Auge
in den Auslagen sofort auffällig wird.

Für Feld, Haus und Garten.
Vieh- und Geflügelzucht.
Bauchbrüche beim Rindvieh. Während
der Weidzeit ist es keine Seltenheit, daß
man beim Rindvieh Bauchbrüche beobachtet,
deren Ursache meist eine Folge von un-
glücklichen Hornstößen ist. Die Brüche
können ferner auch dadurch veranlaßt wer-